- thomas v. d. vring: lohn-preis-dynamik
- lothar frey: belegschaftskooperation
- elisabeth lenk: mädchenpflichtjahr

neue kritik 11

juni 62

Claus Offe	3	Abschied vollzogen?
Thomas von der Vring	5	Gewerkschaftspolitik, Lohn-Preis-Dynamik und staatlicher Interventionismus
Lothar Frey	10	Belegschaftskooperation
Elisabeth Lenk	12	Dienen lerne beizeiten das Weib
Fritz Vilmar	14	Ostermarsch
	16	Zum spanischen Streik
Peter Märthesheimer	17	Dunkel
Peter Milger	17	Kein Kraut
Rainer Funke	18	Marxtöter (Walt Whitman Rostow)
Helga Klein	20	Jenseits des Kapitalismus? (Paul Sering)
Manfred Liebel	22	Zeitschriftenhinweise

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten

herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)

nr. 11, juni 1962, 3. jahrgang

neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung des bundesvorstandes oder der redaktion dar.

redaktion: peter brokmeier, rainer funke, diethard kars, hellmut lessing, manfred liebel, jürgen schaltenbrand (verantwortlich), unter mitarbeit des arbeitskreises „neue kritik".

redaktionsvertretung: claus offe, berlin-wilmersdorf, güntzelstr. 19/20

neue kritik ist kein geschäftsunternehmen, die mitarbeit ist unentgeltlich.

verlag und redaktion: frankfurt a. m., ginnheimer landstr. 40.

neue kritik erscheint in den semestermonaten (7 hefte jährlich).

schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,— (zuzüglich porto).

jahresabonnement: dm 7,— (einschl. porto). bezug über den verlag.

anzeigen: j. h. horlemann, frankfurt a. m., ginnheimer landstr. 40.

erscheinungsort: frankfurt am main.

postscheckkonto: 55191 pscha. ffm.

umschlagentwurf: ann lamche.

druck: orbis-druck, berlin.

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.

Abschied vollzogen?

„Die Studentenschaft hat alle Chancen, eine vorwärtstreibende Kraft in unserem Staate zu sein." (Lothar Krappmann auf dem Antrittsempfang des neuen VDS-Vorstandes). So optimistisch dieser Satz klingt, so programmatisch er sich ausnimmt, so sorgfältig muß er im Spannungsfeld von Wirklichkeit und Möglichkeit geortet werden. Denn es wäre denkbar, daß Optimismus, weil er programmatisch ist, sich selbst ins Unrecht setzt.

Im Grunde ist dies ja nichts Neues. Spätestens seit dem „Mut zur Politik" — Anlauf des Studententages 1960 stellt die durch den VDS vertretene deutsche Studentenschaft an sich den Anspruch, vom „Elfenbeinturm" des apolitisch-selbstgenügsamen Akademiker-Daseins „Abschied zu nehmen". „Verantwortung des Akademikers" wurde zur Parole, deren Schlagkraft zu jener selbstzweckhaften Hektik „politischer Bildung" verkam, die unter Engagement den Einsatz für eben das Bisherige verstand, zu dem man ursprünglich kritische Distanz gewinnen wollte. So zeichnete sich hier nicht viel mehr ab, als das Bedürfnis nach totaler Integration, das nicht nur den Opponenten, sondern auch den Apolitischen als potentiellen Störungsfaktor beargwöhnt. Dieser von amtlichem Wohlwollen gesäugte Politaktivismus spaltete naturgemäß kritische Wissenschaft und irrationale Politophilie ebenso wie die Studentenschaft selbst, deren größerer Teil sich nach wie vor politisch wenig bildungshungrig verhält.

Wenn die weite Verbreitung dieses Effektes konstatiert werden muß, so soll die Behauptung ihrer zwanghaften Folgerichtigkeit dem VDS diesen Effekt nicht als Motiv seiner Polltik unterstellen. Am wenigsten dem vorjährigen VDS-Vorsitzenden Dr. Richard Steer, der durch seine profilierte Initiative zur Deutschland-Frage nicht nur die Diskussion dieser Frage in der Studentenschaft ankurbelte; mit dem durch diese Initiative ausgelösten Echo in einer sich selbst konformierenden Presse verhalf er auch zu der Erkenntnis, wie schnell der „Mut zur Politik" an jene ehernen Barrieren stößt, über die hinaus die Obrigkeit „Verantwortung des Akademikers" nicht mehr wünscht. Wer an „unserem Staat mitarbeiten" will, darf das eigentlich nur mit dem Bekenntnis auf den Lippen, daß es an unserem Staat kaum etwas mitzuarbeiten gibt. —

Die Erfahrung allerdings, daß es in der Tat einiges mitzuarbeiten gibt, hätte sich dem VDS in den letzten beiden Jahren auch dann aufgedrängt, wenn er sich weiterhin nur als partiell-kulturpolitische Interessenvertretung einer verschwindenden Minorität der Bevölkerung verstanden hätte. Hinzu kam die Erkenntnis, daß die amtlich nahegelegte Beschränkung auf die „studentischen Angelegenheiten" mit Notwendigkeit dahin führt, daß es auch diese bald nicht mehr gibt. Der WRK-halboffizielle „Immer nur Ansprüche"-Artikel von J. Fischer in der DUZ signalisierte dem VDS, daß der Anspruch, den er an sich selbst stellte, nicht groß genug war: nicht einmal mehr die Berechtigung, auf die partielle Reparaturbedürftigkeit der deutschen Universität hinzuweisen, wurde anerkannt.

Etwa zur gleichen Zeit, als die diesjährige Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften in München ein „politisches Grundsatzprogramm", die „Charta des VDS" akzeptierte, war die brüderliche Verschworenheit zwischen Großindustrie und traditionaler Hochschulverfassung (mit marktkonformem Akademikeroutput) abzulesen an einer Äußerung von Generaldirektor H. Reusch: die „Selbstordnung in der Gelehrtenrepublik der Professoren" sei „keineswegs überholt oder gar revolutionsbedürftig" (DUZ 3/1962).

Hierin ist alles enthalten: die formale Autonomie mit dem Akzent auf „Ordnung", die Ausschaltung der Studentenschaft, die apodiktische Beschränkung der Verantwortung auf die „Gelehrtenrepublik", die den „Hochschulbereich" nicht überschreiten darf und deshalb auch in ihm illusorisch bleibt. — Man darf annehmen, daß der zeitliche Zusammenhang einer solchen Äußerung mit der erwähnten Initiative der VDS-MV für einen ursächlichen steht:

„Die Freiheit von Forschung und Lehre müssen im Staat rechtlich gesichert und verwirklicht sein. Die Studentenschaft ist verpflichtet, diese Grundsätze auch in der Gesellschaft zu vertreten."

Dieser zentrale Anspruch der „Charta" paraphrasiert — für sich genommen — nicht mehr als die „Verantwortung des Akademikers". Gemessen jedoch am Prozeß eines sich zuspitzenden Interessengegensatzes, wie er sich in den beiden vorangegangenen Zitaten andeutet, kann er programmatisches Gewicht erhalten.

Die Gliederung der Charta gibt Aufschluß über den Erfahrungszusammenhang, deren Produkt sie ist. Ausgangspunkt ist der Entwurf einer Hochschule, „die sich unbedingt der rationalkritischen Suche nach Erkenntnis sowie ihrer Vermittlung verpflichtet."

Der Versuch, dieses „unbedingt" im Wortsinne zu nehmen, führt zur Einsicht in jene konkreten gesellschaftlichen Determinanten, die die geforderte Unbedingtheit illusorisch machen. Folgerichtig wird deshalb die Forderung nach
„Freiheit von Forschung, Lehre und Studium und damit (der) Autonomie der Hochschule"
sowie nach

„freiem Hochschulzugang und damit (der) Garantie gleicher Ausbildungschancen"
weitergeführt auf die politischen Bedingungen, die die Erfüllung dieser Forderungen erst möglich machen. Der konditionale Zusammenhang zwischen Freiheit von Forschung, Lehre und Studium und deren politischen Existenzbedingungen wird zur Ursache dafür, daß politische Initiative der Studentenschaft über den „Hochschulbereich" gewissermaßen konzentrisch hinausgreift:

„Da diese Grundfreiheiten der Hochschule nur in einem freiheitlichen Staat garantiert sind, ist die Studentenschaft aufgefordert, Staat und Gesellschaft mitzugestalten. Daraus folgt ihre öffentliche Verantwortung und ihre gesellschaftliche Stellung, die ihr einen Raum politisch verantwortlichen Handelns zuweist."

Die evidente Bestimmtheit dieser politischen Bedingungen selbst durch von außen kommende Einflüsse erfordert es nun, den so abgesteckten Verantwortungsbereich abermals zu durchbrechen:

„Da eine freiheitliche Staatsordnung auf Grund der engen internationalen Verflechtung und der unmittelbaren gegenseitigen Beeinflussung und Abhängigkeit isoliert nicht mehr existieren kann, setzt sich die Studentenschaft ein für eine gerechte Weltordnung als die einzige Basis einer friedlichen und gerechten Weiterentwicklung der Völker."

Präzisiert wird dies, indem der Kampf gegen
„Kolonialismus . . ., Neokolonialismus . . ., soziale Ungerechtigkeit . . , Imperialismus . . ., Totalitarismus . . ., Rassendiskriminierung . . ."
programmatisch wird.

Wie man sieht, zeugen sowohl die diesen Forderungen zugrunde liegende Analyse der universalen Bedingtheit des gesellschaftlichen Teilbereiches Universität, wie die daraus abgeleiteten Forderungen, vom Bewußtsein der Bedrohung. Dennoch ist mit dieser Charta nicht mehr vollzogen, als die Klärung, welche Intentionen eine künftige VDS-Politik in Praxis umzusetzen hat. Ihre Schwäche liegt demgemäß darin, daß die Praxis des gegenwärtigen Universitätsbetriebes und seine Verflechtung mit gesellschaftlichen Partialinteressen nur abstrakt-moralisierend, nicht konkret-politisch in sie eingegangen ist. Die Richtigkeit des Zielpunktes und der Analyse steht außer Frage. Verantwortung und politisches Bewußtsein von der Studentenschaft zu fordern, heißt aber unterstellen, daß es in diesem Staat und dieser Gesellschaft möglich ist, Verantwortung und politisches Bewußtsein praktisch werden zu lassen. Die Aufforderung zum Kampf gegen den Neokolonialismus ist erst dann nicht mehr utopisch, wenn sie Anweisung und Bereitschaft impliziert, an den entscheidenden Stellen gegen ihn vorzugehen.

Der große Fortschritt, der dennoch mit dieser pluralistisch konzipierten Charta erreicht ist, liegt in ihrer aufklärerischen und bewußtseinsbildenden Potenz; erst wenn die in ihr aufgezeigten Bedingtheiten zum Bewußtseinsinhalt „akademischer Verantwortung" geworden sind, wird sich ihr utopischer Ansatz erkennen und überwinden lassen.

Um die Kritik der Utopie durch Beispiele zu erhärten:

Es ist bekannt, daß Studentenwerke bereits dazu übergehen, Studenten von Wohnplätzen auszuschließen, die ihrer Meinung nach es nicht verstehen, „Wahrung von Recht und Sitte" und „Anerkennung der demokratischen Grundordnung unseres Staates" zu leisten, gar „politischen Fanatismus" oder mangelnden Willen zur „Einordnung in die Gemeinschaft" zu erkennen geben. (Auswahlkriterien des Studentenwerkes München vom 1. 8. 1961).

Die Charta des VDS spricht von der geforderten
„Möglichkeit der Ausbildung ohne Unterschied der Geburt, des Geschlechts, der Farbe, der Rasse, der Sprache, des sozialen Status, des religiösen Bekenntnisses und der politischen Überzeugung".

Wie wird der VDS dies im genannten Fall durchsetzen können? Ein weiteres Beispiel:

die Charta fordert das Eintreten der Studentenschaft
„für die Möglichkeit freier und gleichberechtigter politischer Betätigung, soweit die Grundrechte anderer nicht verletzt werden".

Im Gegensatz zu allen anderen politischen Studentengruppen sind dem SDS die öffentlichen Gelder gesperrt worden. — Ergeben sich da irgendwelche Konsequenzen? Und mit welcher Aussicht auf Erfolg?

Lothar Krappmann sagte in seiner schon zitierten Antrittsrede:

„Der neue Vorstand des VDS hat ohne Illusionen sein Amt angetreten. . . . Aber wir wünschen unseren Staat noch gerechter, noch sozialer noch freiheitlicher, noch demokratischer."
Dies ist ein sehr guter Wunsch. Doch so lange es beim Wunsch bleibt, bleibt es mit Sicherheit ein Wunsch.

Claus Offe

Gewerkschaftspolitik, Lohn-Preis-Dynamik und staatlicher Interventionismus

Thomas von der Vring

Die jüngste politische Entwicklung in der Bundesrepublik hat die Probleme von Lohn und Preis, von Währungsstabilität und gerechter Verteilung des Sozialproduktes in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Zwar werden die Zusammenhänge nur selten durchschaut. Es äußert sich aber dennoch in dem öffentlichen Mißbehagen die objektive Tatsache, daß das ökonomische Verhalten von Unternehmungen und Gewerkschaften im Widerspruch zur wirtschaftlichen Vernunft steht. Allerdings wird nicht begriffen, daß dieser Widerspruch ein objektiver und notwendiger ist, der aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entspringt.

Allenthalben wird der Ruf nach staatlichen Interventionen laut, welche dem der Volkswirtschaft gegenüber verantwortungslosen Treiben der Tarifkontrahenten ein Ende setzen sollen. Dabei vermögen die Unternehmer, ideologisch deutlich in der Vorhand, mit Hilfe des Geredes von der Lohn-Preis-Spirale sich teilweise zu exkulpieren und den Gewerkschaften den Schwarzen Peter zuzuschieben. Deren offizielle Sprecher bemühen sich zwar heftig, mittels Detailargumenten und umfangreichen Statistiken die Verantwortung zurückzugeben. Wie das SPIEGEL-Interview des 2. DGB-Vorsitzenden Rosenberg exemplarisch zeigt, sind sie jedoch — da sie das bestehende System selbst nicht mehr offen in Frage stellen — heute nicht mehr in der Lage, die Misere auf ihre eigentlichen Wurzeln, die Produktionsverhältnisse, zurückzuführen. Deshalb nehmen sich ihre Erwiderungen recht schwach aus, und Lebers Parole: „Nehmt, was ihr könnt!", provoziert — so richtig sie unter den herrschenden Verhältnissen ist — die geschlossene Gegnerschaft der öffentlichen Meinung. Es zeigt sich hier einmal mehr, daß das Aufgeben der sozialistischen Theorie durch die Arbeiterbewegung zugleich Verlust an politischer Stoßkraft bedeutet.

Bezeichnend für die heutige Situation ist in diesem Zusammenhang das in Meinungsbefragungen wiederholt festgestellte Phänomen, daß die Mehrheit der Arbeitnehmerschaft die Ideologie von der Lohn-Preis-Spirale übernommen hat und teilweise sogar Lohnerhöhungen ablehnt, weil diese lediglich die Preise steigern würden. Darin drückt sich die herrschende Meinung aus, die sagt, daß Lohnerhöhungen keinen Einfluß auf die Menge der angebotenen Konsumgüter haben, daß der Lebensstandard der Massen nur von der Größe der jeweiligen Konsumgüterproduktion abhängt. Mit dieser Übernahme der herrschenden Lohn-Preis-Ideologie verwerfen die Arbeitnehmer faktisch die gesamte gewerkschaftliche Strategie, die sog. expansive Lohnpolitik. Expansive Lohnpolitik bedeutet den Versuch der Gewerkschaften, auf dem Wege von Lohnerhöhungen zu erreichen, daß die gesellschaftlichen Produktivkräfte in steigendem Maße zur Produktion von Konsumgütern auf Kosten der Produktion von Investitionsgütern verwendet werden. 1958 z. B. standen der Bevölkerung der Bundesrepublik nur 60 % des Brutto-Sozialproduktes zum Konsum zur Verfügung 24 % schluckten die Investitionen (die herrschende Ideologie nennt das „Konsumverzicht"). In den USA wurde dagegen zur gleichen Zeit 67 % konsumiert und nur 18 % investiert.

Das Ziel der Gewerkschaften ist es, den Anteil des Konsums am Sozialprodukt — Konsumquote genannt — auszudehnen. Aber diese Strategie gehört zum exklusiven Wissen ihrer Funktionäre. Es ist ihnen nicht gelungen, die Unternehmerideologie wenigstens im Bewußtsein der Arbeitnehmer zu überwinden und diesen die Einsicht in die realen ökonomischen Zusammenhänge zu vermitteln. Sie werden die Tatsache, daß ein großer Teil der Arbeitnehmer die Gewerkschaftsstrategie verurteilt und die Unternehmerideologie weitgehend akzeptiert, in den kommenden Auseinandersetzungen zu spüren bekommen.

Es soll hier versucht werden, das Lohn-Preis-Problem und den objektiven, unüberbrückbaren Widerspruch zwischen wirtschaftlicher Vernunft und der aus den Klasseninteressen entspringenden Politik von Unternehmern und Gewerkschaften sichtbar zu machen. Da die Ursache der Aktualisierung dieser Probleme in dem allmählichen Schrumpfen der bundesrepublikanischen Außenhandelsüberschüsse zu suchen ist, sehen wir in unserer Diskussion zunächst vom Außenhandel ab, um uns die Zusammenhänge in reiner Form vor Augen zu führen. Daran anschließend werden wir versuchen, die Bedeutung der Außenhandelsüberschüsse verständlich zu machen.

Vor einiger Zeit entwickelte J. Klaus in der Zeitschrift „Konjunkturpolitik" ein ökonomisches Modell (Joachim Klaus: „Lohnquote und Gewerkschaften" in „Konjunkturpolitik", 5. Jg. 1959, S. 238 ff.), das unausgesprochen den Klassengegensatz in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung stellt und in diesem Zusammenhang das Problem von Lohn, Preis und Investitionen behandelt. Dieses Modell soll hier als Grundlage unserer Diskussion dienen. Entscheidend ist dabei, daß die Währungsstabilität, um die es in der öffentlichen Diskussion geht, in ihrer Abhängigkeit nicht nur vom durchschnittlichen Geldlohn, sondern ebenso von der jeweiligen Höhe der jährlichen Brutto-Investitionen gesehen wird. Diskutiert man das Klaussche Modell im konkreten Bezug zum gesellschaftlichen Ganzen, so bietet es den Ansatz zur Entwicklung einer Theorie, die Zielrichtung, Möglichkeiten und Grenzen des gewerkschaftlichen Kampfes, aber auch die immanenten Tendenzen des Systems zu staatlichem Interventionismus aufzeigt.

Diese Tendenzen zum Staatsinterventionismus gefährden nicht nur die Tarifautonomie der Gewerkschaften, nicht nur den relativen Lebensstandard der Massen; sie können darüber hinaus einen weiteren Machtzuwachs für den bundesrepublikanischen Kapitalismus und damit eine Stärkung der autoritären Kräfte in unserer Gesellschaft bedeuten.

Es ist gewiß problematisch, in unserem Rahmen ein kompliziertes, ökonomisches Modell zu diskutieren. Das läßt sich jedoch nicht vermeiden, weil unsere Thesen angesichts der scheinbar fundierten Ideologie von der Lohn-Preis-Spirale (bei der es letztlich nebensächlich ist, ob die Löhne oder die Preise schuld sind) einer wissenschaftlichen Absicherung bedürfen. Überdies ist auch die Meinung, für solche Zusammenhänge seien Fachökonomen zuständig, selbst Teil der herrschenden Ideologienwelt. Für Sozialisten gehört die Ökonomie zum politischen Wissen. Wie wollten sie ohne dieses Wissen „die Welt verändern"!

Um aber den Lesern dennoch nicht zuviel zuzumuten, werde ich den Teil der Diskussion, der lediglich der Beweisführung dient, kennzeichnen, so daß sie ihn nötigenfalls überspringen können.

I. Die ideologische Verschleierung des Klassenkampfes

Zunächst unsere Ausgangsthese: In der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation, in der die Verfügung über die Volkswirtschaft den Eigentümern überlassen ist; in der der Staat als neutraler Schiedsrichter erscheint, der lediglich Auswüchse des sozialen Kampfes zu verhindern trachtet; in der weder Sozialdemokratie noch Gewerkschaften die bestehenden Produktionsverhältnisse zu beseitigen versuchen — in dieser Situation bildet der Kampf um die Verteilung des Sozialproduktes, um die Verwendungsweise der verfügbaren gesamtwirtschaftlichen Arbeitskraft, den weitgehend einzigen Inhalt des Klassenkampfes. Träger dieses Kampfes sind in erster Linie Gewerkschaften und Unternehmungen, letztere sowohl als einzelne als auch in Verbänden.

Nachdem der Kampf um die Mitbestimmung, um die Demokratisierung der Wirtschaft für sie inaktuell geworden ist, und nachdem besonders durch die günstige Arbeitsmarktlage sich die Arbeitsbedingungen allmählich relativ erträglich gestaltet haben, vermögen die Gewerkschaften ihre Existenzberechtigung nur noch in Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen nachzuweisen. Da aber die absolute Lohnhöhe keinerlei Bewertungskriterien bietet, wird der relative Lohn, d. h. der Lohn- und Gehaltsanteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen – Lohnquote – vordergründig zum Orientierungskriterium der Gewerkschaftsstrategen. Die jeweilige Lohnquote bietet den Maßstab für die Bewertung von Erfolg oder Nicht-Erfolg des gewerkschaftlichen Kampfes. Erhöhung des Arbeitnehmeranteils und damit Verringerung des Gewinnanteils der Eigentümer ist sein Ziel. Dieser Kampf ist konkreter Klassenkampf, der jedoch das System selbst nicht in Frage stellt, ein Kampf um bloß quantitative, nicht mehr um qualitative Veränderungen.

Löhne und Gewinne sind jedoch nur die monetären Phänomene güterwirtschaftlicher Verhältnisse. Wenn wir von der Ersparnis der Arbeitnehmerhaushalte und dem Konsum der Eigentümerhaushalte absehen — beide fallen nicht sehr ins Gewicht — dann erscheint die Forderung nach hohen Arbeitnehmereinkommen als vordergründiger Ausdruck des Arbeitnehmerinteresses an hohem Konsum, das Gewinninteresse der Eigentümer als Vermittlung des Verwertungsinteresses ihres Kapitals, d. h. des Interesses an hohen Investitionen. Es stellt sich also das zur Reproduktion der Arbeitskraft dienende variable Kapital (Löhne) im gesamtwirtschaftlichen Konsum, der Mehrwert dagegen in den gesamtwirtschaftlichen Nettoinvestitionen dar. (Da die Abschreibungen zur Manipulation des Mehrwertes dienen, und da nicht die Netto- sondern die Brutto-Investitionen das Maß des wirtschaftlichen Wachstums bestimmen, gehen wir in unserer Diskussion von den Brutto-Investitionen aus.)

Dieses Zurückgehen auf die güterwirtschaftlichen Größen als die letztlich entscheidenden ergibt sich vornehmlich aus der Tatsache, daß nicht der Geldlohn, sondern erst die verfügbare Konsumgütermenge für den Lebensstandard der Massen maßgebend ist. Daraus folgt, daß das eigentliche Orientierungskriterium einer system-immanenten Gewerkschaftspolitik der Anteil des gesamtwirtschaftlichen Konsums am Sozialprodukt sein muß. Damit aber sind die Gewerkschaften heute, obwohl reine Arbeitnehmerorganisationen, objektiv zu Verfechtern eines abstrakten Konsumenteninteresses geworden.

Ähnlich hat sich die Position der Eigentümer verschoben. Je mehr die gesamtwirtschaftlichen Aspekte in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Denkens treten, d. h. je mehr sich die Einzelunternehmungen zu einer kooperativen Volkswirtschaft zusammenfügen, desto mehr verschränkt sich das individuelle Problem der Kapitalverwertung — Investitionen der Einzelunternehmungen — mit dem abstrakten Problem der Investitionen als Bedingung gesamtwirtschaftlichen Wachstums. Das Verwertungsinteresse verbirgt sich hinter der ideologischen Forderung nach ungehemmtem Wirtschaftswachstum, und es entsteht so eine scheinbare Interessenidentität zwischen Kapitaleigentümern und der „Volkswirtschaft".

Die Meinung der Herrschenden ist die herrschende Meinung. In diesem Sinne erhält die Forderung nach hohem Konsumanteil den Anstrich des negativen „Materialismus", und die Gewerkschaften stehen als Vertreter egoistischer Sonderinteressen den das Allgemeinwohl fördernden Eigentümern, genannt „die Wirtschaft", gegenüber.

Der Klassengegensatz, den keine Ideologie aus der Welt schaffen kann, erscheint also heute als Gegensatz zwischen Konsumenteninteresse und Interesse „der Wirtschaft". Seinen Hauptinhalt bildet demgemäß der Kampf um die Verwendungsteile des Sozialprodukts: Konsum, Brutto-Investitionen und Staatsverbrauch. Entsprechend dieser Dreiteilung bilden die jeweiligen Sachwalter der Verwendungsteile das Mächtetriangel in unserer Gesellschaft. Dabei entwickelt der Staat zwar durchaus ein Eigeninteresse an der Ausweitung seines Einflusses, das in der permanenten Ausdehnung des Staatsverbrauches in den Industrieländern zum Ausdruck kommt. Dennoch verhält er sich nicht neutral, sondern er ist weitgehend von den Kapitaleigentümern usurpiert, die ihn für ihre Zwecke gebrauchen. Sie vermögen das um so mehr, als sie unter der Flagge des Allgemeinwohls segeln.

Letztlich geht es im heutigen Kampf zwischen Gewerkschaften und Kapitaleigentümern um das wertmäßige Verhältnis zwischen gesamtwirtschaftlichem Konsum (C) und Investitionen (I) — C : I. Die Gewerkschaften streben einen möglichst hohen Anteil des Konsums am Sozialprodukt an, was zugleich einen niedrigen Investitionsanteil bedeutet. Das Interesse der Unternehmer ist genau umgekehrt. Der Klassenantagonismus verzerrt so das objektive ökonomische Problem des Verhältnisses von Konsum und Investitionen. Objektiv bedeutet die Alternative zwischen höherem Konsum und höheren Investitionen die Wahl zwischen gegenwärtigem hohem Lebensstandard und rascher sich verbesserndem zukünftigem Lebensstandard der Bevölkerung. Vor diese Alternative sieht sich jede vernünftige Wirtschaft gestellt, und die Entscheidung über die gewünschte Relation C : I wird in diesem Sinne von keinem objektiven Interesse berührt. Erst die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, welche die Investitionen automatisch in neues Eigentum der Kapitaleigentümer transformieren und damit deren gesellschaftliche Macht steigern, verwandeln dieses Problem heute in den Gegenstand gesellschaftlicher Machtkämpfe. Hieran wird die ökonomische Unsinnigkeit der herrschenden Produktionsverhältnisse deutlich, ebenso deutlich auch die Unmöglichkeit, die gegenwärtige Lohn-, Preis- und Investitionspolitik an der gesamtwirtschaftlichen Vernunft zu messen und gar ein wirtschaftlich vernünftiges Verhalten von Gewerkschaften und Unternehmern zu verlangen.

II. Das Preisniveau in Abhängigkeit von Löhnen und Investitionen

Kommen wir nun zur ökonomischen Diskussion der Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes. Schon der Ausgangspunkt zeigt die Disparität der Positionen der beiden Kontrahenten. Zwei wesentlich verschiedene Entscheidungen bestimmen die Entwicklung des Verhältnisses C : I: die Entscheidungen über die Höhe des durchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Geldlohns auf der einen, jene Unternehmensentscheidungen, aus denen die Höhe der jährlichen Investitionen resultiert, auf der anderen Seite. Diese beiden Bündelungen ökonomischer Entscheidungen repräsentieren die Machthebel in unserer Wirtschaft. In diesem Sinne wird die heutige Wirtschaft grundsätzlich dualistisch gesteuert (der Begriff der „Doppelherrschaft" müßte hier diskutiert werden), wobei allerdings die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut.

Der jeweilige Geldlohn ist das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, wobei die einen an hohen, die anderen an niedrigen Löhnen interessiert sind. Das Ergebnis ist ein Kompromiß, in dem die Gewerkschaften tendenziell besser wegkommen, scheinbar, weil die Unternehmungen gestiegene Lohnkosten über die Preise fortwälzen können, objektiv aber — wie wir zeigen werden — letztlich deshalb, weil die Unternehmer, von den Gewerkschaften unbehelligt, an dem von uns genannten zweiten Hebel sitzen — Investitionsentscheidungen — mit dessen Hilfe sie erst die Lohnerhöhungen auf inflationärem Wege überspielen können. Allerdings wissen sie das nicht. Der Vorgang läuft hinter ihrem Rücken ab und äußert sich nur in der theoretisch nicht selbstverständlichen Tatsache, daß sie von Zeit zu Zeit ihre Preise ohne Absatzverluste zu steigern vermögen.

Die Unternehmungen vermögen die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen ihrer Investitionen nicht zu durchschauen. Jede Unternehmung investiert für sich, weitgehend ohne gesamtwirtschaftliche Rücksichtnahme, die eine mehr als im Vorjahr, die andere weniger, und das Ergebnis ist eine bestimmte Änderung (Zu- oder Abnahme) der jährlichen gesamtwirtschaftlichen Investitionen. Das bedeutet, daß dieser objektive Klassenkampf von der Unternehmerseite nur partiell kollektiv, d. h. bewußt geführt wird — in den Lohnverhandlungen — und auch dort mit relativ weichem Rückgrat. Im übrigen ist sein Ergebnis blindes Resultat einer Vielfalt von Unternehmensentscheidungen, deren innere Logik allerdings ganz von selbst zu hohen Investitionen hinneigt.

Im folgenden diskutieren wir nun die Zusammenhänge anhand eines ökonomischen Modells. Der Leser kann diesen Teil überschlagen und sich mit dem Ergebnis unserer Diskussion begnügen.

Diskussion eines ökonomischen Modells

Unsere Ausgangsgrößen sind zum einen die jährliche Veränderung der durchschnittlichen nominalen Lohn- und Gehaltseinkommen, zum andern die jährliche Veränderung der Summe aller Brutto-Investitionen. Sie sind die kurzfristigen exogenen Variablen in unserem Modell, d. h. Variable, die wir nicht weiter ableiten. Das Zusammenspiel der beiden Veränderungen bewirkt die Veränderung unserer langfristigen abhängigen Variablen:

Preisniveau (Geldwert) und damit Reallohn;
Kapazitäten (Maschinen und Arbeitskräfte) der Konsum- und Investitionsgüterindustrie;

die Höhe des jährlichen Ausstoßes (produzierte Gütermenge) in der Konsum- und der Investitionsgüterindustrie;

die Relation der Preissummen von jährlich produzierten Konsum- und Investitionsgütern (C : I).

Eine weitere, als gegeben angenommene Größe des Modells bildet der durchschnittliche jährliche Produktivitätszuwachs. Ausgeklammert ist die Wirkung von Veränderung der Ersparnisse und der Lagerbildung. Ferner sehen wir vom Außenhandel ab, dessen Bedeutung wir erst dann richtig einschätzen können, wenn wir das Zusammenspiel von Geldlohn und Investitionen in ihrer reinen Form studiert haben.

Wir diskutieren drei Fälle:

1. Fall: Die Investitionen wachsen im selben Verhältnis wie die gesamtwirtschaftliche Produktivität, der Zuwachs der Geldlöhne übersteigt dieses Maß. (Die populäre kurzfristige Betrachtungsweise konstatiert hier als Resultat lediglich Preissteigerung, also Inflation.) Die Lohnerhöhung führt zur Erhöhung der Arbeitnehmereinkommen und damit zur Erhöhung der privaten Konsumausgaben. Da aber die Konsumgüter m e n g e lediglich im Rahmen der Produktivitätssteigerung gewachsen ist, erhöhen sich zunächst nur die Konsumgüter p r e i s e. Folge ist Erhöhung der Gewinne in der Konsumgüterindustrie, während die in der Investitionsgüterindustrie wegen des geringeren Anwachsens der Nachfrage zunächst dahinter zurückbleiben. Der Effekt dieser verschiedenen Entwicklung der Gewinne in beiden Bereichen — Kapazitätseffekt genannt — ist folgender: auf Grund ihrer besseren Ertragslage investiert die Konsumgüterindustrie relativ mehr als die Investitionsgüterindustrie, d. h. sie wächst schneller. Wenn sie ihre Kapazitäten in gleichem Maße wie bisher ausnützt, wird dadurch in der Folgezeit auch ihre Produktion (C) schneller wachsen als die Investitionsgüterproduktion (I). Das aber bedeutet, daß sich das gesamtwirtschaftliche Verhältnis C : I tatsächlich zugunsten von C verschiebt. Der prozentuale Anteil der Konsumgüter und damit — da wir Export und Lagerhaltung ausgeklammert haben — auch des Konsums am Sozialprodukt steigt, der der Investitionen sinkt. Aus der langfristigen Vermehrung der Konsumgütermenge ergibt sich die Tendenz der Preise, auf das anfängliche Preisniveau zurückzusinken. Die Realisierung dieser Tendenz hängt vom Monopolisierungsgrad des jeweiligen Einzelmarktes ab.

Lohnerhöhungen, die den Produktivitätszuwachs übersteigen, haben also bei gleichzeitigen Investitionen, deren Zuwachs sich im Rahmen des Produktivitätszuwachses hält, ganz allgemein das Ergebnis, daß der Anteil des Massenkonsums am Sozialprodukt in den folgenden Jahren steigt. Eine langfristige inflatorische Wirkung besteht nicht unbedingt.

2. Fall: Löhne und Investitionen erhöhen sich im selben Verhältnis. Auch hier steigen kurzfristig die Konsumgüterpreise. Infolge der in gleicher Weise gestiegenen Investitionen nehmen aber in diesem Fall die Investitionsgüterpreise im gleichen Maße zu. In beiden Sektoren bessert sich die geldliche Ertragslage gleichmäßig, was jedoch durch die Verteuerung der Investitionen wettgemacht wird. Eine Auseinanderentwicklung der beiden Sektoren findet demzufolge nicht statt. Es verändert sich auch nicht das Verhältnis C : I. Die Bewegungen der beiden Hebel haben sich in ihrer Wirkung aufgehoben. Überschreitet in diesem Falle der Zuwachs von Löhnen und Investitionen das Maß der Produktivitätssteigerung, dann ist das n o t w e n d i g e Ergebnis Inflation.

3. Fall: Der Lohnzuwachs bleibt im Rahmen des Produktivitätszuwachses, während die Zunahme der Investitionen ihn überschreitet.

Wir brauchen diesen Fall nicht auszuführen. Es leuchtet unmittelbar ein, daß die langfristige Entwicklung umgekehrt zu der des ersten Falles verläuft. Der Anteil des Konsums am Sozialprodukt sinkt, derjenige der Investitionen steigt. Das Verhältnis C : I verschiebt sich zugunsten von I. Eine langfristige Tendenz zu Preissteigerungen besteht nicht unbedingt. Kombinieren wir Fall 2 mit einem der beiden anderen Fälle, dann erfassen wir alle in der heutigen Situation wahrscheinlichen Fälle.

Allgemein lautet das Ergebnis unserer Modelldiskussion: Langfristig verschiebt sich die Relation von Konsum und Investitionen (C : I) zugunsten des Anteils des K o n s u m s am Sozialprodukt, wenn der durchschnittliche Zuwachs der Löhne in einem bestimmten Jahr größer ist als der Zuwachs der Investitionen. Im umgekehrten Falle verschiebt sich die Relation zugunsten des Anteils der I n v e s t i t i o n e n.

Ob in diesen beiden Fällen die Preise nach kurzfristigem Steigen allmählich wieder auf das ursprüngliche Niveau zurückgehen werden oder nicht, das hängt partiell vom jeweiligen Monopolisierungsgrad der Einzelmärkte ab, allgemein aber davon, ob der Zuwachs desjenigen der beiden Faktoren (Löhne und Investitionen), der sich im g e r i n g e r e n Maße vergrößert, das Maß der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung überschreitet oder nicht. — Steigen Durchschnittslohn und Investitionen im gleichen Verhältnis, dann verändert sich die Relation von Konsum und Investitionen nicht. Die Preise werden in diesem Fall steigen, wenn jener Zuwachs größer ist als der Zuwachs der Produktivität. Nur für diesen dritten Fall gilt die populäre Lohn-Preis-Theorie mit allen Konsequenzen.

Dieses Ergebnis führt sowohl die These ad absurdum, daß Lohnsteigerungen über das Maß des Produktivitätszuwachses hinaus notwendig inflationär wirken, als auch jene, die die Möglichkeit einer Vergrößerung des Konsumanteils am Sozialprodukt durch eine expansive Lohnpolitik von vornherein für unmöglich erklärt.

Bestimmend für die Wirkung von Lohnerhöhungen ist also die gleichzeitige Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Investitionen. Nehmen diese stärker zu als die Löhne, dann ist das Ergebnis sogar ein Sinken der Lohnquote und damit des Konsumanteils, besonders der Arbeitnehmer, am Sozialprodukt. Da nun aber die Investitionsentscheidungen, ohne Kontrollmöglichkeit für die Gewerkschaften, ausschließlich von den Unternehmungen getroffen werden, und da diese grundsätzlich bestrebt sind, soviel als möglich zu investieren, m ü s s e n die Gewerkschaften, wenn sie nicht ein Sinken der Konsumquote (Konsumanteil am Sozialprodukt) hinnehmen wollen, ständig um Lohnerhöhungen kämpfen. Sie haben zu wählen zwischen Senkung der Konsumquote bei stabilen Preisen und Erhaltung oder gar Vergrößerung der Konsumquote bei steigenden Preisen. Denn die Investitionen wachsen vorläufig unaufhaltsam. Es wäre deshalb ungerecht, den Gewerkschaften die Verantwortung für die Preisstabilität zuzuspielen. Verantwortlich ist das System, das in der hier beschriebenen Weise funktioniert.

III. Die Bedeutung des Außenhandels

Unser Modell ist zugegebenermaßen sehr abstrakt. Es sieht ab von der Möglichkeit der Vergrößerung der Läger, die allerdings auf die Dauer keinen Ausweg zur Umgehung von Preissenkungen bietet. Es ignoriert auch die - unwahrscheinliche - Möglichkeit, daß sich Lohnerhöhungen vornehmlich in der Erhöhung der privaten Ersparnis niederschlagen, was manche

utopischen Sozialpolitiker als Mittel gegen die ungerechte Vermögensverteilung propagieren (als handle es sich hier um formale Gerechtigkeit und nicht um gesellschaftliche Macht!). Unser Modell sieht jedoch vor allem von der Möglichkeit ab, einen Zuwachs von Gütern zu exportieren.

Tatsächlich bietet sich im Außenhandel den Unternehmern das Instrument, um die objektive Wirkung des Zusammenspiels unserer beiden Hebel außer Kraft zu setzen. Ohne auf die gewiß interessante Differenzierung des Außenhandels (jeweilige Größe von Konsumgüter- und Investitionsgüterimport und -export) einzugehen, sehen wir leicht ein, daß ein Zuwachs der Konsumgüterproduktion, welcher Druck auf die Preise auszuüben droht, ins Ausland abgelenkt werden kann und wird. Es werden dem Inlandsmarkt Güter entzogen, ohne daß eine entsprechende Gütermenge importiert wird (Außenhandelsüberschuß). Bei gleichbleibender Einkommensmenge wirkt sich diese Verringerung des inländischen Güterangebots inflationär aus, ja, der Exportüberschuß wirkt doppelt inflationär, da anstelle ausgleichender Güterimporte Devisen importiert werden, die im Bankensystem in DM umgewandelt werden, also den inländischen Geldumlauf vermehren (importierte Inflation).

Wenn wir nun konstatieren, daß in der Bundesrepublik der Geldwert in den letzten zehn Jahren ständig gefallen ist; daß der Export den Import teilweise erheblich überstiegen hat; daß die Relation zwischen Konsum und Investitionen in den letzten Jahren fast unverändert geblieben, ja in den ersten Jahren nach 1950 der Konsumanteil gesunken ist, obwohl die nominalen Lohnerhöhungen (Arbeitszeitverkürzung eingerechnet) den Produktivitätszuwachs zeitweise ziemlich überstiegen haben - wenn wir diese Fakten betrachten, dann zwingt sich uns die Annahme auf, daß letzten Endes die Außenhandelsüberschüsse die permanente inflationäre Schmälerung des Lebensstandards weitgehend bewirkt und die Verschiebung der Relation C : I zugunsten des Konsums verhindert haben; daß sich ohne diesen Ausweg der Anteil des Konsums am Sozialprodukt stetig ausgedehnt haben würde. Diese Außenhandelsüberschüsse, die in vollem Umfang Vermögensbildung der Unternehmer bedeuten, sind das Ergebnis der Politik der Bundesregierung. Es wäre ihr ein leichtes gewesen, mit den Instrumenten der Wirtschaftspolitik eine einigermaßen ausgeglichene Außenhandelsbilanz (Güterbilanz) zu erzwingen. Sie hat jedoch durch exportfördernde Maßnahmen und die Kontingentierung des Imports landwirtschaftlicher Produkte das Anwachsen der Exportüberschüsse noch unterstützt. Damit hat sie den sonst möglichen Erfolg der Gewerkschaften in ihrem Kampf um einen höheren Konsumanteil verhindert.

IV. Tendenzen zum Staatsinterventionismus

Diese Exportüberschüsse geraten nun durch die rasch steigenden Löhne in Gefahr. Ob die durchschnittlichen Stückkosten in der Bundesrepublik schon jetzt höher sind als die der anderen konkurrierenden Industrieländer, ist dabei nebensächlich. Sind sie es nicht, so werden sie es doch in absehbarer Zeit sein — vorausgesetzt, die Löhne entwickeln sich im bisherigen Maße weiter. Das bedeutet, daß entweder die hohen Profitraten oder die Außenhandelsüberschüsse oder beides schrumpfen werden. Bereits seit zwei Jahren haben die Außenhandelsüberschüsse eine rückläufige Tendenz. Damit kommt unser oben beschriebenes System mehr und mehr zur vollen Wirksamkeit. Angesichts der anhaltenden „Überbeschäftigung" ist deshalb die sich abzeichnende Situation für die Gewerkschaften so günstig wie nie zuvor - wenn man, wie sie es zu tun scheinen, den Staat als Verbündeten des Klassengegners außer acht läßt. In diesem von den gesellschaftlichen Verhältnissen abstrahierenden Sinne bedeutet die Parole: „Nehmt was ihr könnt!" heute tatsächlich expansive Lohnpolitik. Der Wettlauf zwischen Geldlohn und Investitionen verspricht nicht zuletzt deshalb Erfolg, weil ein Sinken der Exportüberschüsse tendenziell auch Kapitalverknappung, d. h. Investitionsbremse bedeutet, wodurch eine Erhöhung der Löhne über das Maß des Investitionszuwachses und damit eine Vergrößerung des Konsumanteils am Sozialprodukt ermöglicht wird.

Zwar bedeutet das auf der anderen Seite zunächst Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und möglicherweise Fortdauer der Inflation. Eine Depression ist damit aber nicht notwendig verbunden. Die Ausdehnung der Konsumgüterproduktion kann im Gegenteil einen neuen Boom bewirken. Dagegen wird die Außenhandelssituation der Bundesrepublik ziemlich rasch prekär werden. Es genügen schon kleine Preisdifferenzen im internationalen Wettbewerb, um die Marktanteile der einzelnen Nationalwirtschaften erheblich zu verschieben. Die Zahlungsbilanz (Bilanz des Geldverkehrs mit dem Ausland) der Bundesrepublik könnte, besonders angesichts der wachsenden Anforderungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe, schnell passiv werden.

Das aber hieße Gefährdung der außenwirtschaftlichen Stabilität der DM infolge stetigen Devisenabflusses. Es leuchtet unmittelbar ein, daß die Bundesregierung alle Hebel in Bewegung setzen wird, um eine solche Entwicklung zu vermeiden — sowohl im Unternehmerinteresse als auch besonders angesichts der Tatsache, daß die starke internationale Position der Bundesrepublik vornehmlich auf ihrem Devisenreichtum beruht. Zwar kann es der Regierung vorläufig noch genügen, die öffentliche Meinung zu mobilisieren und so die Gewerkschaften unter Druck zu setzen. Auf die Dauer werden aber bei der angespannten Arbeitsmarktlage die Löhne weiter steigen, gleichgültig, ob die Gewerkschaften hart bleiben oder nicht. Die Regierung wird deshalb gezwungen sein, durch gesetzliche Maßnahmen regulierend in die Wirtschaft einzugreifen. Die dem System innewohnende Tendenz zum Staatsinterventionismus ist auf die Dauer unaufhaltsam. Recht deutlich wird gegenwärtig die Öffentlichkeit von der zuständigen Presse auf die kommenden Maßnahmen vorbereitet.

Die Gewerkschaften müssen sich auf diese politische Entwicklung vorbereiten. Sie müssen einsehen, daß sie in einer Auseinandersetzung mit dem Staat um ihre Tarifautonomie den kürzeren ziehen werden. Die Frage lautet deshalb nicht mehr: ob Staatseingriff, sondern: in welcher Form, unter welchen Bedingungen. Und da ist zu befürchten, daß sich die Regierung damit begnügen wird, lediglich die Lohngestaltung und eventuell, aus Gründen der Optik, die Preisgestaltung zu kontrollieren, daß sie den Unternehmern aber in Fragen der Investitionen weiterhin freie Hand lassen wird.

Die Gewerkschaften müssen erkennen, daß nicht nur ihre Bewegungsfreiheit durch eine solche Form der Staatskontrolle eingeengt würde. Vielmehr bestünde die Gefahr, daß bei ungehemmter Entwicklung der Investitionen und gleichzeitiger staatlicher Koppelung der Löhne an die Produktivitätssteigerung der Anteil des Konsums am Sozialprodukt permanent sinken, der Anteil der Investitionen steigen würde. Das hieße progressives Wachstum der Vermögen weniger, also Vergrößerung der Macht der Eigentümer und weitere Verfestigung der autoritären Mechanismen unserer Gesellschaft.

Es wird für die Gewerkschaften deshalb um die Frage gehen, ob lediglich die Löhne und eventuell die Preise staatlich reglementiert, oder ob auch die Investitionsentscheidungen gesellschaftlicher Kontrolle unterworfen werden. Sie müssen versuchen, gegen Zugeständnisse in der Frage der Tarifautonomie Mitspracherecht auf dem Gebiet der Investitionen einzuhandeln. Es ist notwendig, daß sie sich Gedanken darüber machen, welches die günstigste Form eines solchen Interventionismus ist, wie in diesem System die Interessen der Arbeitnehmer am besten wahrgenommen werden können, wie dieses System im Sinne einer Demokratisierung der Wirtschaft entwicklungsfähig gestaltet werden kann. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die öffentliche Diskussion dieser Fragen in Gang zu bringen und energisch dagegen zu agitieren, daß der Staatsinterventionismus in arbeitnehmerfeindlicher Weise praktiziert wird. Die Gefahr ist groß.

Belegschafts-Kooperation

Lothar Frey

Unsere Zeit der schnellen Entwicklung der Produktivkräfte und des Zusammenbruchs des Kolonialismus steht politisch unter dem beherrschenden Einfluß des Wettbewerbs zwischen Ost und West. Wenn dieser Wettbewerb auch immer noch seinen sichtbarsten Ausdruck im Wettbewerb um militärische Stärke findet, so wäre es doch falsch, ihn negativ nur als Wettrüsten einzuschätzen, denn tatsächlich wird er in immer stärkerem Maße auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens ausgetragen.

Als konkreter Maßstab im Wettbewerb zwischen Industriegesellschaften gilt die industrielle Produktivität, die gesellschaftlich nützliche Produktionsleistung pro Kopf der Bevölkerung, gemessen an den Produkten selbst. Unter den Bedingungen dieses Wettbewerbs werden alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens — beispielsweise auch das Schulwesen und die Bildung, die Gesundheitsfürsorge und das kulturelle Leben, aber auch die Rechts- und Eigentumsverhältnisse und die Theorien über die Gesellschaft — darauf ausgerichtet, eine Steigerung der Produktivität zu erzielen. Zumindest werden sie so umgeformt, daß sie sich nicht als Hemmnis der Produktivitätsentwicklung auswirken. Der Wettbewerb weitet sich von der gesellschaftlichen „Basis" auf den „Überbau" aus. Weder ist der in unseren Zeitungen gebräuchliche Ausdruck „Wettbewerb zwischen Ost und West" zutreffend (offensichtlich handelt es sich nicht um einen Wettbewerb zwischen Staatengruppen, die sich nur durch ihre geographische Lage voneinander unterscheiden), noch trifft die auf der anderen Seite übliche Bezeichnung „Wettbewerb der Systeme" das Wesen der Sache vollständig, weil sich nicht gegebene, unveränderliche Gesellschaftssysteme gegenüberstehen, sondern sich unter den Bedingungen des Wettbewerbs entwickelnde Systeme. Wegen der immer wieder notwendigen Herstellung einer Übereinstimmung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen revolutioniert der Wettbewerb nicht nur die Produktivkräfte, sondern auch die gesellschaftlichen Verhältnisse.

Da die industriellen Betriebe die hauptsächliche Grundlage der Produktivität sind, muß der Wettbewerb in ihnen die stärkste Entwicklung und Veränderung hervorrufen. Geläufig ist uns die schnelle Entwicklung der sachlichen Produktivkräfte, der Maschinen und Apparate, der Transport- und Energieeinrichtungen und der Produktionsprozesse selbst. Zugleich haben sich aber auch die menschlichen Produktivkräfte, die Produktionsfähigkeit der Industriemenschen im Prozeß der zunehmenden Arbeitsteilung gründlich verändert. Wir richten jetzt unser Augenmerk nicht auf die Wandlung der individuellen Produktivkräfte, sondern auf die gemeinsame Produktivkraft des in einem arbeitsteiligen Produktionsprozeß zusammen arbeitenden Kollektivs. Die kollektive Produktivkraft in einem arbeitsteiligen Produktionsprozeß ist von höherer Ordnung als die individuellen Produktivkräfte. Die kollektive Produktivkraft umfaßt die Summe der individuellen Produktivkräfte, zuzüglich der Produktivkraft, die die Zusammenarbeit der Kooperation darstellt.

Unter kapitalistischen Verhältnissen haben die Industrieorganisatoren eine doppelte Funktion: sie sind die Organisatoren der Kooperation und zugleich — indem sie sich auf diese ihre produktive Funktion stützen — Käufer der Ware Arbeitskraft und Aneigner der Produkte, also Ausbeuter im Marxschen Sinne und Unterdrücker der Industriearbeiter. Die kapitalistische Industrieorganisation, vom Vorarbeiter bis zum Direktor, ist daher nicht nur Produktionsorganisation, sondern ihrem Wesen nach zugleich Herrschaftsorganisation — Hierarchie.

Durch die Entwicklung der Industrie (vgl. „Die Krise der Hierarchie im Wandel der Kooperationsformen" in „Soziologie und moderne Gesellschaft — Verhandlungen des 14. Deutschen Soziologentages". Enke-Verlag, Stuttgart 1958/59) gewinnen die Industriearbeiter eine immer breitere industrielle Erfahrung. Sie meistern nicht nur ihre Teilarbeit, sondern eignen sich immer größere Kenntnisse und Erfahrungen in dem gesamten arbeitsteiligen Produktionsprozeß an. So gewinnen sie tendenziell in immer größerem Maße die Fähigkeit, zunächst in ihrer Betriebsabteilung und dann auch in dem ganzen Betrieb ihre Kooperation aus sich selbst heraus zu organisieren. Die hierarchische Produktionsorganisation wird immer weniger benötigt. Die von den Industriearbeitern selbst organisierte Kooperation stellt eine höhere Produktivkraft dar, als die von der Hierarchie aufgezwungene. Unsere hochproduktive, moderne Produktionsmittelindustrie beruht in immer stärkerem Maße auf der selbstbestimmten Kooperation, auf der kollektiven, schöpferischen Initiative der Produktionsarbeiter, Handwerker, Techniker, Kaufleute und Organisatoren.

Indem die individuellen Verkäufer ihrer Arbeitskraft von der fremdbestimmten zur selbstbestimmten Kooperation übergehen, konstituieren sie sich als organisierte gesellschaftliche Einheiten, als industrielle Belegschaften. Die von den Belegschaften selbst bestimmte Kooperation nennen wir zum Unterschied von der fremdbestimmten — Belegschaftskooperation.

Über die von den Industriekapitalisten mit Hilfe der Betriebshierarchie organisierte Kooperation schreibt Marx im „Kapital" Bd. I, S. 349: „Der Kapitalist zahlt den Wert der hundert selbständigen Arbeitskräfte, aber er zahlt nicht die kombinierte Arbeitskraft der Hundert. Die Produktivkraft, die der Arbeiter als gesellschaftlicher Arbeiter entwickelt, ist daher Produktivkraft des Kapitals. Die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit entwickelt sich unentgeltlich, sobald die Arbeiter unter bestimmte Bedingungen gestellt sind, und das Kapital stellt sie unter diese Bedingungen. Weil die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit dem Kapital nichts kostet, weil sie andererseits nicht von dem Arbeiter entwickelt wird, bevor seine Arbeit selbst dem Kapital gehört, erscheint sie als Produktivkraft, die das Kapital von Natur besitzt, als seine immanente Produktivkraft."

Mit der Entwicklung der Belegschaftskooperation kann es nicht ausbleiben, daß den Belegschaften ihre Kooperation als ein eigener Besitz, als eine ihnen als Belegschaft immanente Produktivkraft bewußt wird. Die ihrer kollektiven Produktivkraft bewußten Belegschaften werden nicht mehr bereit sein, der Betriebshierarchie, die ihre produktive Funktion, Organisator der Kooperation zu sein, verloren hat und nur noch Herrschaftsorganisation ist, weiterhin Autorität über sich einzuräumen. Sie werden der Kapitalseite ihre kollektive Produktivkraft in Rechnung stellen und Forderungen und Ansprüche geltend machen, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung in Frage stellen können.

In der Tat muß sich die Industriesoziologie schon jetzt mit dem Konflikt zwischen Belegschaftskooperation und Betriebshierarchie, der in den hochproduktiven Industriebetrieben die weitere Entwicklung der Produktivität belastet, beschäftigen und die Frage zu beantworten versuchen, wie die Kapitalseite die Belegschaften ohne funktionierende Hierarchie im Griff behalten kann.

Unter den Bedingungen des Wettbewerbs kann sich die Kapitalseite dem Entstehen und der Festigung der Belegschaftskooperation als einem wesentlichen Faktor der weiteren Produktivitätssteigerung nicht widersetzen. Um den Wettbewerb zu bestehen, muß sie die Entwicklung der Belegschaftskooperation trotz der Konsequenzen, die sich für das kapitalistische System ergeben, sogar fördern. Mit ihrer „human relations"-Betriebspolitik versucht sie, die Belegschaftskooperation in die eigenen Hände zu bekommen, um deren progressive Tendenz abzubiegen.

Auf der Kapitalseite werden unter den Bedingungen des Wettbewerbs nicht minder wichtige Veränderungen beschleunigt oder hervorgerufen. Das Kapitaleigentum an den industriellen Produktionsmitteln wird zu zu Dividenden berechtigendem Kapital degradiert. Die industriellen Produktionsmittel werden dem Bank- und Konzernsystem unterworfen, das — ähnlich wie in kriegsbedingten Staatsnotständen, aber nun permanent — hoheitliche Funktionen ausübt. Dieses System verfügt in immer umfassenderer Weise über die Kapitalrückflüsse aus den Abschreibungen und über die Profite aus der gesellschaftlichen Produktion. Es plant die Investitionen und die Produktion der Gesellschaft und setzt die Verwalter der Industriebetriebe als seine Angestellten ein. Die Existenz dieses Systems, das durch bürgerliche Rechtsvorstellungen nicht gedeckt ist, hängt nicht davon ab, ob es die Dividendenwünsche der kapitalistischen Eigentümer befriedigt, sondern davon, ob es den Wettbewerb zu bestehen vermag. Das Urteil darüber, ob es die erforderliche Produktivitätssteigerung ermöglicht, könnte aber letztlich den Industriebelegschaften zustehen.

In dem Bewußtsein, daß die Ausbreitung der kapitalistischen industriellen Produktion zugleich die Arbeiterklasse als den „Totengräber des Kapitalismus" in wachsender Stärke hervor-

bringt, stand die frühere sozialistische Bewegung positiv zur industriellen Entwicklung, obwohl dadurch immer mehr Menschen der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen wurden und das Industriekapital immer stärker anschwoll. In unserem Zeitalter des Wettbewerbs um die Steigerung der Produktivität haben die Sozialisten alle Veranlassung, den Wettbewerb und damit die Produktivitätssteigerung zu ihrer eigenen Sache zu machen. Ihr aktives, positives Verhalten zur Produktivität steigert zwar auf unserer Wettbewerbsseite die Profite und die Kapitalakkumulation des Bank- und Konzernsystems, bewirkt aber zugleich die Festigung und Ausbreitung der Belegschaftskooperation und damit die grundlegende Voraussetzung zur Überwindung dieses Systems. Fs.

Dienen lerne beizeiten das Weib

Elisabeth Lenk

Die Idee der Gleichberechtigung der Geschlechter ordnet sich in die großen neuzeitlichen Befreiungsbewegungen ein. Wie der Mann frei sein wollte von staatlichen und gesellschaftlichen Zwängen, so die Frau von der patriarchalischen Vorherrschaft. Gleichberechtigung, die sich unter Zwangsbedingungen vollzieht, ist eine Perversion: die Geschlechter sind nicht gleich frei, sondern gleich unfrei. An diese einfache Wahrheit gilt es sich zu erinnern, wenn heute im Namen der Gleichberechtigung immer wieder Forderungen nach einem weiblichen Pflichtjahr und nach einer Dienstverpflichtung der Frauen im Verteidigungsfall laut werden. Es begann nach Einführung der männlichen Wehrdienstpflicht.

Im Jahre 1955 erregte der FDP-Sonderminister Hermann Schaefer Aufsehen mit einem Memorandum an das Bundeskanzleramt, in dem er ein Pflichtjahr für Mädchen befürwortete. Als Gegenstück zum Wehrdienst der männlichen Jugend solle eine Pflichtausbildung der weiblichen Jugend im Sanitätsdienst eingeführt werden. Das Ausbildungsprogramm sollte auch den Katastrophen- und Kriegseinsatz umfassen. Seit diesem ersten Vorstoß ist der Ruf nach weiblichem Einsatz nie ganz verstummt, bis er im Herbst 1961 gar zu akademischen Ehren gelangte. Der Theologieprofessor Thielicke forderte in seiner Rektoratsrede ein pflegerisches Dienstjahr für Mädchen, von dem er sich unter anderem versprach, daß die überfüllten Universitäten entlastet würden. Zugleich sollte ein solches Dienstjahr dazu verhelfen, daß die etwas abgenutzten protestantischen Ideale von Opfer, Dienstschaft und christliche Demut wieder aufgewertet würden: „Die Unbereitschaft zum Dienst am Gemeinwohl und damit der Personalmangel innerhalb der dienenden Berufe droht ganze Strecken unseres kulturellen Lebens veröden zu lassen und damit jenen Bereich der Humanitas anzutasten, den wir als Privilegien des freien Westens mit ziemlich pausbäckigem Pathos gegen den Osten auszuspielen pflegen."

Thielicke ist nicht der erste Vertreter der evangelischen Kirche, der in einer staatlichen Zwangsdienstpflicht die Verwirklichung protestantischer Ideale erblickt. Eine Gruppe protestantischer Pfarrer war es, die ideologisch den Boden für die nationalsozialistische Arbeitsdienstpflicht bereitet hat. So schrieb beispielsweise Pastor Gerhard Strathenwert 1932 in seiner Broschüre „Eine Bresche! Der Arbeitsdienst als Ausweg für Deutschlands Jugend aus einem Dasein ohne Hoffnung und Ziel": „Die Dienstverpflichteten müssen an eine Arbeit herankommen, bei der ihre körperliche und geistige Widerstandskraft mit möglichster Härte geprüft wird" und: „Wir haben nur die eine Bitte, daß unser Volk mit Demut und Ehrfurcht empfängt, was über es verhängt wird, die dem gebührt, der unter dem Gericht Gottes steht und dieses Gericht als schöpferische Gnade erkennt. Daß Menschen solcher Haltung im Arbeitsdienst heranwachsen, daß dieser Geist einmal das Heer des Arbeitsdienstes erfüllt, das ist Wunsch und Hoffnung. Dann wird in unserem Volk eine Gemeinschaft entstehen, in der jeder sein Recht hat, ohne Rücksicht auf Stand und Rang, weil Einer da ist, vor dem sie alle Unrecht haben". Dieser eine kam: der Führer. In der Ideologie des nationalsozialistischen Arbeitsdienstes schmolzen Führer und Gott zu einer Vorstellung zusammen; so in dem oft gesungenen Arbeitsdienstlied:

„Gott segne die Arbeit und unser Beginnen!
Gott segne den Führer und diese Zeit!
Steh uns zur Seite, Land zu gewinnen,
Deutschland zu dienen mit all unserm Sinnen,
Mach uns zu jeder Stunde bereit!
Gott segne die Arbeit und all unser Ringen!
Gott segne die Spaten mit blankem Schein!
Werk unsrer Hände, laß es gelingen,
Denn jeder Spatenstich, den wir vollbringen,
Soll ein Gebet für Deutschland sein."

Am Ersten Mai 1933, den Hitler zum „Tag der nationalen Arbeit" erklärt hatte, um damit diesem symbolischen Tag der internationalen Arbeiterbewegung die Schärfe zu nehmen, hielt er seine berühmte Rede vor zwei Millionen Arbeitern, die mit den Worten beginnt:

„Deutsche Volksgenossen und Genossinnen! Der Mai ist gekommen."

In dieser Rede prägte der Führer die offizielle nationalsozialistische Ideologie des Arbeitsdienstes. Die Rede enthüllte Hitlers ungeheuren Zynismus. Wurden mit der nationalsozialistischen Machtergreifung die Gewerkschaften gleichgeschaltet und damit die Arbeiter entmündigt, so feiert er sie hier als Soldaten der nationalsozialistischen Arbeitsschlacht und glorifiziert ihre monotone Tätigkeit als organische Handarbeit:

„Wir wollen in einer Zeit, da Millionen unter uns leben ohne Verständnis für die Bedeutung des Handarbeitertums, das deutsche Volk durch die Arbeitsdienstpflicht zu der Erkenntnis erziehen, daß Handarbeit nicht schändet, nicht entehrt. Es bleibt unser unverrückbarer Entschluß, jeden einzelnen Deutschen ... zur Handarbeit zu führen, damit er sie kennenlernt, damit er auch hier einst leichter befehlen kann, weil er selbst schon vorher gehorchen lernte."

Damit wurde das soldatische Prinzip von Befehl und Gehorsam zum A und O auch des zivilen Lebens erklärt. Daß Hitler solche befehls- und dienstgewohnten Herrenmenschen für den Krieg und die Knechtung fremder Völker brauchte, wurde erst später klar. Derselbe Hitler, der Tausende von Intellektuellen vertreiben oder in Lagern umbringen ließ, versprach sich vom Arbeitsdienst, daß durch soldatische Disziplin und Handarbeit den Menschen das Nachdenken ausgetrieben würde. „Wir wollen den Geschlechtern, die nach uns kommen, geistige Verwirrungen ersparen".

Als der beste Kampfplatz gegen zersetzende Weltanschauungen wurde das Arbeitsdienstlager gepriesen. Der Arbeitsdienst galt als „hohe Schule der Nation". Überlaut pries man seinen pädagogischen Wert. Daß Arzttochter und Dienstmädchen Seite an Seite für 25 Pfennige pro Tag bei der Heuernte halfen, galt als Beweis dafür, daß das dritte Reich die Klassen abgeschafft habe. „Arbeiter der Faust" und „Arbeiter der Stirn" wurden zu einer künstlichen Volksgemeinschaft zusammengeschweißt.

Aus diesem Geist heraus wurde auch die Idee eines weiblichen Pflichtjahrs geboren. Laut Anordnung vom 15. Februar 1938 durfte kein schulentlassenes Mädchen zu einer Berufsausbildung zugelassen werden ohne ihr Pflichtjahr im ländlichen oder städtischen Haushalt, im Krankenhaus oder Kindergarten abgeleistet zu haben. Ohne Rücksicht auf Begabung oder Vorbildung wurden die Mädchen eingesetzt: zur „Entlastung der deutschen Mutter" oder zum „Dienst am arischen Bauerntum", zu deutsch als kostenlose Dienstmädchen oder Hilfsarbeiterinnen auf dem Lande. Aus den offiziellen Nazibroschüren für die „deutschen Mädels", in denen Einrichtungen wie Pflichtjahr und weiblicher Arbeitsdienst verherrlicht wurden, geht doch zugleich deutlich hervor, daß sie indirekt nur einem Zweck dienten: der Vorbereitung des Krieges. Hatte man einmal die Verfassung so weit außer Kraft gesetzt, daß über die Arbeitskraft der Mädchen von oben her ein Jahr lang beliebig verfügt werden konnte, so war es leicht, diese Institution auf die Erfordernisse des Krieges umzustellen. Mit Parolen wie: „Jetzt, wo die Männer fehlen, packen die Mädel tüchtig zu," wurden die Mädchen zu immer größeren Leistungen angespornt. Am 4. Mai 1941 rief der Führer persönlich in seiner Rede zum „Abschluß des Südostfeldzuges" die deutschen Frauen und Mädchen zu verstärktem Einsatz auf. Am 29. Juli wurde der Wunsch des Führers Gesetz. Zusätzlich zum Arbeitsdienst wurde eine weitere sechsmonatige Dienstzeit im Kriegshilfsdienst Pflicht. Daß solche Verordnungen prompt in die Tat umgesetzt wurden, zeigt ein statistischer Querschnitt aus dem Winterhalbjahr 1941/42.

Von den damals „herangezogenen" 47 000 Arbeitsmaiden waren 61 % in der Rüstungsindustrie oder direkt bei der Wehrmacht eingesetzt, 35 % in Krankenhäusern und Lazaretten und nur noch 4 % in Familien. Damit wurde der angebliche Sinn des Arbeitsdienstes pervertiert. Im Frühjahr 1935 hatte noch Dr. Krüger in seiner Broschüre „Aufgabe und Sinn des Arbeitsdienstes" geschrieben: „Wir arbeiten für das Reich — ohne Lohn, ohne Geld — wir arbeiten aber nicht für einen selbstsüchtigen Kapitalismus." Diensteifer und Opferbereitschaft kamen jedoch jetzt unmittelbar jenen großen Rüstungskonzernen zugute, die am Kriege Millionen verdienten. Die Arbeitsmaiden leisteten Sklavenarbeit im Dienste des Kapitalismus. Diese Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte wird im „Jahrbuch der deutschen Mädel" vom Jahre 1944 als „Frauenarbeit für den Sieg" propagandistisch verklärt. Da finden sich Aufnahmen aus Fabriken mit Unterschriften wie: „Auf allen Plätzen der Rüstungsindustrie arbeitet zuverlässig die deutsche Frau" und „Arbeitstag reiht sich an Arbeitstag, jeder hilft und dient dem Sieg der deutschen Waffen". Von einer kriegsdienstpflichtigen Arbeitsmaid heißt es:

„Auf unsere Frage, ob ihr die Arbeit nicht doch manchmal recht schwerfalle, sieht uns die junge Arbeiterin nachdenklich an. ‚Manchmal — warum soll ich das verschweigen? — überkommt mich auch jenes Tier, das die deutsche Sprache so plastisch den inneren Schweinehund nennt. Dann nähert sich im gleichmäßigen Summen der Treibriemen und Maschinen bedrohlich die Schlaflust, und der Uhrzeiger scheint nicht vorwärts zu rücken. Unachtsamkeit aber gefährdet das Leben deutscher Männer! Da hilft nur ein gewaltsames Sich-Aufraffen, und mit Bewußtsein horche ich auf das Lied der rastlos rasenden Motoren: Schafft wieder Waffen und wieder Munition! Ihr rettet damit deutsche Soldaten' ".

Und der Berichterstatter fährt fort:

„Leben retten? Für eine Frau, die Leben schenkt, ein höchstes Ziel. Neue Kraft strömt in die Adern, und mit erhöhter Sorgfalt werden die kleinen und so unwesentlich scheinenden Griffe ausgeführt."

Der sogenannte Dienst am Volk schlug um in einen Dienst an

der Vernichtung des Volkes. Die Krankenhelferin wurde zur Lazaretthelferin, die Dienstverpflichtete zur Kriegsdienstverpflichteten.

Und heute?

Die Werbung für ein weibliches Dienstjahr, das in Form des staatlichen Pflichtjahres zunächst abgelehnt wurde, geht weiter. Anstatt den akuten Mangel an weiblichen Hilfskräften in Krankenhäusern und Heimen durch Verbesserung der sozialen Lage des Pflegepersonals zu lösen, greift man zu dem in Deutschland altbewährten Mittel: dem Appell an Opferbereitschaft und Dienstwilligkeit der Bevölkerung. Dabei bleibt unbeachtet, daß in unserer heutigen komplizierten Gesellschaft pflegerische Berufe ohne Ausbildung nicht mehr ausgeübt werden können. Der gute Wille zum Helfen allein genügt nicht mehr. Ein Dienstjahr, das den Mangel an speziell ausgebildetem Pflegepersonal durch unausgebildete Mädchen überbrücken wollte, wäre eine Vergeudung menschlicher Arbeitskraft. Wenn sich vor allem christliche Kreise für ein freiwilliges Dienstjahr der Mädchen einsetzen, lassen sie dies außer acht. Der der „Aktion Gemeinsinn" nahestehende Oberkirchenrat Manfred Müller schrieb in der Zeitschrift „Diakonie in unserer Zeit":

„Es gibt heute zweifellos Leute, die man zum Helfen zwingen muß, damit sie seine Schönheit entdecken. Man muß ihnen unter Druck beibringen, was sie in einem Haushalt erwartet"!
In der gleichen Nummer der Zeitschrift heißt es, wenn man erst einmal Erfahrungen mit 50 000 jungen Leuten im freiwilligen Hilfsdienst gemacht habe, könne man — da dann die Organisation eingespielt sei — „später vielleicht zu einem Pflichtjahr weiterschreiten". Es wird angestrebt, daß junge Mädchen, die das Dienstjahr nicht absolviert haben, „zu keiner Ausbildung, zu keiner Prüfung, zu keinem Beruf" zugelassen werden dürfen.

Auch der Bundesfamilienminister Franz Joseph Wuermeling hat ein freiwilliges Dienstjahr befürwortet. Vor Schülerinnen eines Detmolder Mädchengymnasiums führte er aus: „Ich persönlich halte es für wünschenswert, wenn sich junge Mädchen aus eigenem freiem Entschluß dazu durchringen, wenigstens ein halbes Jahr freiwillig im sozialen Dienst zu arbeiten ...

Dieser freiwillige Dienst muß zum guten Ton gehören".

Die Gefahr ist noch nicht gebannt, daß die Aktivität in Richtung eines freiwilligen Hilfsdienstes — ob beabsichtigt oder nicht — den Weg zu einem allgemeinen sozialen Zwangsdienst ebnen hilft. Die gleiche Gefahr für das Grundgesetz droht von anderer Seite: Nachdem der ehemalige Innenminister und jetzige Außenminister Schröder mit seiner Notstandsgesetzgebung, darunter einem Notdienstgesetz, im dritten Bundestag am Widerstand der Opposition gescheitert war, hat Innenminister Höcherl einen der Entwürfe unter dem Namen Zivildienstgesetz kaum verändert wieder vorgelegt. Höcherl hat, wie aus einem Interview mit der Zeitschrift Merkur vom Januar 1962 hervorgeht, vor, die noch immer bestehenden psychologischen Widerstände gegen eine Notstandsgesetzgebung zu beseitigen. Er sagte: „Den Kernpunkt des Gesetzes sehe ich darin, daß die Bestimmungen über den Notstand oder die Staatsnotwehr in die Sprache des Grundgesetzes übersetzt werden".

Die tendenziell diktatorischen Notstandsbestimmungen demokratisch einzukleiden und damit den verschiedenen Parteien annehmbar zu machen, ist denn auch dem Minister schon fast gelungen. Der Gesetzentwurf über Zivildienst im Verteidigungsfall hat bereits im ersten Durchgang den Bundesrat passiert. Er sieht vor, daß alle Personen vom 18. Lebensjahr ab zum Zivildienst herangezogen werden können, Frauen bis zum 50., Männer bis zum 65. Lebensjahr. Das Gesetz gibt die Grundlage dafür, daß männliche und weibliche Bundesbürger bereits in Friedenszeiten für einen Zeitraum von 100 Stunden bzw. 14 Tagen pro Jahr zur Ausbildung für den sogenannten „Ernstfall" zwangsverpflichtet werden können. Ausgenommen sind lediglich schwangere Frauen, Mütter mit Kindern bis zu 15 Jahren, „Schwerbeschädigte, Schwerbeschränkte und Geistliche". Auf dem Umweg über die Gesetzgebung für den Verteidigungsfall wird damit das Grundgesetz unterhöhlt. Um die Freiheit zu retten, kann sie vorübergehend abgeschafft werden.

Ostermarsch

Die zentrale Ostermarsch-Parole „Widerstand gegen Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in Ost und West" versteht sich selbst nicht nur als moralischer Protest gegen einen kommenden Krieg oder als Warnung vor der verheerenden Wirkung moderner Atomwaffen; sie impliziert den aktiven Widerstand gegen eine Politik, die das Vorhandensein, die Verfügung und den eventuellen Einsatz von Atom- und Wasserstoffbomben in zunehmendem Maße in ihr Kalkül einbezieht. Parallel zu diesen Tendenzen breiten sich auch und gerade in der Bundesrepublik jene Bestrebungen immer weiter aus, die der Verharmlosung und damit der Verschleierung des wirklichen Sachverhalts dienen und so — mit einem gewaltigen propagandistischen Aufwand — gefährliche Illusionen erzeugen.

Eine besondere politische Aktion wie der Ostermarsch der Atomwaffengegner bildet einen erfolgversprechenden Ansatzpunkt, um dieser täglich von neuem produzierten Vernebelung des politischen Bewußtseins wirksam zu begegnen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Rechtfertigung der Politik der atomaren Aufrüstung mit dem herrschenden Interesse zusammen-

fällt, Widersprüche in dieser Gesellschaft überhaupt zu verdecken. Dadurch muß solch eine „Aktion der direkten Demokratie" — wie der Bundesvorsitzende der Naturfreundejugend, Herbert Faller, den Ostermarsch einmal genannt hat — unvermeidlich auf objektive gesellschaftliche Machtverhältnisse stoßen. Sie ist deshalb in einem hohen Grad bewußtseinsbildend und weist zugleich über eine bloße Anti-Haltung hinaus.

Der diesjährige Ostermarsch zeichnete sich vor allem durch eine wesentlich höhere Beteiligung gegenüber dem Vorjahr aus. Auch die massiven Diffamierungen und „Warnungen" verantwortlicher Gewerkschafts- und Parteifunktionäre (an denen sich allerdings verschiedene Organisationen, unter ihnen die IG Metall, nicht beteiligten) konnten es nicht verhindern, daß die Teilnehmerzahl sich verdoppelt und zum Teil verdreifacht hat. Es würde den Rahmen dieser kurzen Stellungnahme sprengen, wenn wir den Gründen für dieses Anwachsen der Ostermarschbewegung im einzelnen nachgehen wollten. Zumindest gilt es hier festzuhalten, daß dieser bisher zu beobachtende Trend sich ohne jegliche Mitwirkung irgendeines „Apparates" vollzieht. Außerdem dürfte in diesem Zusammenhang auch der Hinweis auf die ständig schrumpfende Teilnehmerzahl an den offiziellen Maifeiern des DGB aufschlußreich sein.

Die Tatsache, daß in diesem Jahr statt 8000 etwa 17000 marschiert sind, daß etwa 50 000 auf den verschiedenen Kundgebungen zugehört haben, die Tatsache schließlich, daß die Massenmedien nicht wie im vorigen Jahr das Totschweigen haben durchhalten können, sondern von den Märschen und Kundgebungen, wenn auch verniedlichend, berichtet haben, — all das berechtigt uns zu der Feststellung, daß ähnlich wie in England die Ostermarschbewegung dabei ist, ein Politikum zu werden, in dem sich politisches Engagement für eine konkrete Zielsetzung realisiert.

Zweifellos ist diese Bewegung heute noch mit verschiedenen Mängeln behaftet. Die Fehler und Mängel sollten wir jedoch nicht zum Vorwand für einen marxistisch verkleideten Immobilismus nehmen, der leider auch unter den Linken anzutreffen ist. Angesichts der bisher erzielten Erfolge ist das Argument, daß die objektiven Verhältnisse für solche „subjektiven Aktionen" nicht reif seien, nicht stichhaltig. Das englische Beispiel beweist das Gegenteil. Vielmehr kommt es darauf an, die Organisation der Ostermärsche hier in Deutschland noch wirksamer, nüchterner, unromantischer zu gestalten als bisher. Sicher ist es kein Fehler, daß die meisten Teilnehmer Jugendliche sind — schließlich sind sie es, denen der Atomkrieg eine Zukunft zu zerstören droht, mit der viele der abgestumpften Älteren schon gar nicht mehr rechnen. Trotzdem muß künftig auch der Anschein vermieden werden, als entwickle sich hier eine neue, militante Art einer Jugendbewegung. Dazu einige Vorschläge:

1. Die vorbereitenden Ausschüsse sollten für das kommende Jahr alles daran setzen, Persönlichkeiten und Gruppen der älteren Generation bei der Leitung und Teilnahme am Ostermarsch stärker als bisher zu engagieren. Jugendgruppen und ihren Funktionären gebührt uneingeschränkte Anerkennung ihrer wochenlangen Vorbereitung; dennoch sollten sie künftig noch stärker bemüht sein, die Leitungskreise zu erweitern. Oppositionelle Kräfte der Kirche, der Hochschule, der Publizistik und der freien Berufe müssen stärker einbezogen werden.

2. Höchstwahrscheinlich ist die Dezentralisierung der Ostermärsche in der Bundesrepublik falsch, mindestens geht sie zu weit. Obwohl es bei uns keine an Bedeutung mit London vergleichbare Stadt gibt, sollte eine stärkere Zentralisierung erwogen werden. Entscheidend ist, in welchem Maße unsere Demonstrationen künftig von den Massenmedien zur Kenntnis genommen werden. Ohne Zweifel wäre hierzulande ein gewaltiger Eindruck entstanden, der auch in die Berichterstattung eingedrungen wäre, wenn etwa ein einziger Sternmarsch von 10 000—15 000 Ostermarschierern nach Frankfurt stattgefunden hätte. Der Kostenausgleich wäre u.a. dadurch zu erreichen, daß nur eineinhalb statt drei Tage marschiert wird, dafür aber eine ungleich eindrucksvollere Demonstration zustande kommt.

3. Ob sich die bisherige Form der Ostermärsche als wirksamer erweist oder nicht — auf jeden Fall sollten im nächsten Jahr die 30 bis 40 km langen Gewaltmärsche vermieden werden. Sehr viele ältere potentielle Teilnehmer werden dadurch abgeschreckt. Außerdem macht ein abgekämpfter und womöglich fußkranker Marschzug in den Ortschaften keinen besonders guten Eindruck. Statt der bisherigen zu langen Marschstrecken sollten künftig wie in England an einem Tag nicht mehr als 20 km marschiert werden.

4. Wichtiger als das lange Marschieren ist, daß in jedem Ort eine reguläre Kundgebung mit möglichst prominenten Sprechern stattfindet, die von Vortrupps (Lautsprecher, Musik!) gut vorbereitet werden muß. Das bloße Durchlaufen der Ortschaften genügt nicht. Es ist zu überlegen, ob man die Teilnehmer nicht streckenweise mit Omnibussen befördert, um sie länger und wirkungsvoller in verschiedenen Ortschaften einsetzen zu können. Das Spottwort „Wollt ihr die Feldmäuse und Hasen bekehren?" kommt nicht von ungefähr.

5. Zu einem großen Teil sind die auf den — formal sehr gut gestalteten — Plakaten und Transparenten verkündeten Ostermarsch-Parolen zu vage. In der Bundesrepublik sollten anstelle so absoluter und deshalb schlecht-utopischer Slogans wie „Die Bombe muß weg" oder „Totale Abrüstung" (die auch die Bundesregierung fordert) konkrete Forderungen wie die z. B. nach einer atomwaffenfreien Entspannungszone in Mitteleuropa mehr in den Vordergrund treten.

Alles in allem: es müssen rechtzeitig sorgfältige zentrale Organisationsberatungen stattfinden, damit der Ostermarsch 1963 eine machtvolle politische Demonstration und in dem höchsten erreichbaren Maße ein Faktor der öffentlichen Meinungsbildung wird.

Fritz Vilmar

Zum spanischen Streik

Obwohl es in Spanien seit 1939 kein Streikrecht mehr gibt, kann man in regelmäßigen Zeitabständen in den Zeitungen lesen, daß soundso viele Arbeiter ihre Arbeitsplätze verlassen haben; bald darauf wird mitgeteilt, daß ein Teil dieser Arbeiter verhaftet wurde; etwas später wird mitgeteilt, daß die Verhafteten als kommunistische Agenten tätig waren und durch Militärgerichte zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden.
Zur Zeit befinden wir uns wieder in einer solchen Streikperiode. Die Meldungen nennen 20 000—100 000 Streikende, aber niemand kann auch nur annähernd die genaue Zahl feststellen. Jedenfalls ist diese Streikwelle die größte seit Francos Machtantritt. Sie begann im November 1961: zuerst an den Hochöfen der Ostküste, dann bei den Metallarbeitern des Baskenlandes, zuletzt bei den Grubenarbeitern von Asturien. Zugleich ereigneten sich mehr oder minder große Unruhen an den Universitäten, vor allem in Barcelona und Madrid.

Hätte die kommunistische Partei Spaniens tatsächlich die Macht, die ihr zugeschrieben wird, dann müßte man sich fragen, warum sie sie bisher nicht dazu benutzt hat, Franco zu stürzen. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der Streiks auf einer ganz anderen Ebene.

Nach offiziellen spanischen Daten (Consejo de Economica Nacional) hatte Spanien 1935 ein Nettosozialprodukt von 25 289 Millionen Peseten (alle Daten in Peseten von 1929), das wegen des Bürgerkriegs auf 21 143 Millionen Peseten im Jahre 1940 zusammenschrumpfte. Obwohl Spanien offiziell am zweiten Weltkrieg nicht teilnahm, wuchs das Nettosozialprodukt (NSP) nur sehr langsam und hatte 1950 den Stand von 1935 noch nicht wieder erreicht (1950: 24 454 Millionen Peseten).

Auf das Bevölkerungswachstum umgerechnet, ergibt sich folgendes Bild:

NSP pro Einwohner 1935: 1033 Peseten
NSP pro Einwohner 1940: 817 Peseten
NSP pro Einwohner 1950: 877 Peseten

Ab 1951 hat sich die Wachstumsrate, auf der Basis der ständig wachsenden Inflation, rasch verbessert, was vor allem den Unternehmern zugute gekommen ist: das Einkommen der Unternehmer betrug 1955 in Spanien 34,7 % des NSP, während es z. B. in Großbritannien im gleichen Jahr nur 9,7 % des NSP ausmachte (nach Daten der UNO, „Étude sur la situation économique de l'Europe en 1956", Genf 1957). Aber obwohl in dieser Periode, die bis 1959 andauerte, die sozialen Gegensätze gewachsen sind, hat sich auch der Lebensstandard der Arbeiterklasse erheblich gebessert.

Die Kehrseite der Inflation: die Kaufkraft des Geldes sank zwischen 1950 und 1959 um genau 50 % (nach Daten von Consejo de Economica Nacional), die Devisenreserven sanken auf praktisch Null, so daß Spanien auf die wachsenden Kredite der USA und des internationalen Währungsfonds angewiesen war. Um dem wirtschaftlichen Bankrott zu entgehen, mußte die Regierung einen drastischen Stabilisierungsplan durchführen, der die Widersprüche der spanischen Wirtschaft bloßgestellt hat. Eine wesentliche Minderung der Gewinnspanne hätte zu einem noch größeren Rückgang der Produktion geführt; deshalb hat man die Lasten des Stabilisierungsplans auf die Arbeiter abgewälzt, die keine gesetzlichen Waffen besitzen, um ihre Interessen zu verteidigen. Die Bezahlung der Überstunden, die in einzelnen Fällen bis zu 60 % des Lohnes ausgemacht hatten, wurde abgeschafft; Prämien und andere Nebenvergütungen verschwanden. Tausende mußten Familie und Heimat verlassen, um sich anderswo ernähren zu können. Die Bundesrepublik, Frankreich, die Schweiz und Belgien haben diese Flut verspürt. Aber ab Mitte 1961 wurde auch dieser Ausweg versperrt. Das Franco-Regime hatte erreicht, daß spanische Arbeiter in diesen Ländern nur mit Genehmigung der spanischen Behörden beschäftigt wurden.

Der Dampf konzentrierte sich nun innerhalb des Kessels; der Ausbruch ließ nicht lange auf sich warten. Es ist bezeichnend, daß nicht die ärmsten, sondern die bestbezahlten Arbeiter Spaniens zur Waffe des Streiks gegriffen haben. Dies ist vor allem aus den Hungerlöhnen zu erklären, die die meisten spanischen Arbeiter erhalten. Die Streikenden bekommen selbstverständlich keine finanzielle Unterstützung und sind auf sich selbst angewiesen. Die meisten Arbeiter können es sich überhaupt nicht erlauben, einen Tageslohn zu verlieren, zudem kann der Streik ihnen längere Zuchthausstrafen einbringen.

Überraschend war die Reaktion der spanischen Regierung: sie verhängte den Ausnahmezustand über vier Provinzen. Es ist schwer zu sagen, welche Maßnahmen der Ausnahmezustand ermöglichen wird, die nicht schon seit zwanzig Jahren zu den tagtäglichen Gepflogenheiten des Regimes gehört hätten.

Eine Erklärung ließe sich in den Notwendigkeiten der spanischen Außenpolitik finden: man weiß, daß nicht nur Geduld notwendig ist, um den Streik zu brechen — der Hunger ist der beste Verbündete Francos — sondern es auch einer starken Hand bedarf, die auf Grundrechte keine Rücksicht nimmt; aber man weiß zugleich, daß diese Methoden ein Hindernis darstellen für eine mögliche Assoziierung Spaniens in der

EWG, die im Augenblick Ziel der spanischen Politik ist. Man glaubt, durch die formelle Verhängung des Ausnahmezustandes diesen Widerspruch lösen zu können.

Der Streik hat seine Ursachen in wirtschaftlichen Forderungen; er hat sich jedoch nicht darauf beschränkt. Franco hat im großen und ganzen die wirtschaftlichen Forderungen der Streikenden erfüllt; der Streik verbreitet sich trotzdem weiter. Man verlangt nun die demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten. Die Erfüllung dieser Forderungen würde wahrscheinlich das Ende von Francos Regime bedeuten.

Noch ist nicht abzusehen, wie sich die Lage in Spanien weiterentwickeln wird. Ein bezeichnendes Licht auf die Vorgänge werfen die in den letzten Tagen bekanntgewordenen Erklärungen der Bischöfe von Vitoria und von San Sebastian, die die Priester angewiesen haben, die Streikbewegung in ihren Predigten zu unterstützen.

(Dieser Artikel wurde am 25. Mai 1962 abgeschlossen.)

-s-o

Dunkel

„Vor der Kohle ist es dunkel" ... (Bundespräsident Lübke anläßlich der Totenfeier für 299 Bergleute, die am 7. Februar 1962 in der Grube Luisenthal umgekommen waren).

Höchstens 19 der 299 bei der Schlagwetterexplosion umgekommenen Bergleute hätten sterben müssen. Zu diesem Ergebnis kam jetzt die Untersuchungskommission. 19 Bergleute starben als Opfer der Produktionsbedingungen, offenbar die kalkulierbaren Unkosten des technischen Entwicklungsstandes. 280 Bergleute starben als Opfer der Produktionsverhältnisse – als kalkulierbare Unkosten des Systems?

Es wäre müßig, über die Zahl der unvermeidlich und die der vermeidlich gestorbenen Bergleute zu rechten, und das nicht nur deshalb, weil das Leid der Mütter und Kinder der Toten keine der Kategorien als Trost haben will. Auch jenseits des Leides haben die formalen Begriffe nicht solch eigenen Inhalt, der die exakte Verteilung der Schuld sinnvoll erscheinen ließe. Beides, Produktionsbedingungen wie die Verhältnisse, unter denen produziert wird, sind zu eng miteinander verflochten, als daß die säuberliche Trennung nicht die Wahrheit verletzte. Das Motiv der Produktion, das die Menschen für acht Stunden unter die Erde schickte, ist das gleiche, das sie jetzt auf ewig dorthin gebracht hat. Gesellschaftliche Verhältnisse, die aufs Menschenwürdige gerichtet wären, könnten die Unkosten auch nur eines verlorenen Lebens nicht auf sich nehmen, wollten sie nicht ihren Anspruch verraten: erst jene Verhältnisse der freien Menschen könnten tatsächlich das Risiko gegebener technischer Bedingungen sinnvoll daraufhin prüfen, ob der Einsatz sich lohnt.

Das bloße Raisonnement übers Unglück jedoch bringt nicht weiter, tut es doch so, als seien auch die faux frais des Systems ein fixer Prozentsatz, mit dem gerechnet werden müsse. Demgegenüber muß auf die Tatsache verwiesen werden, daß gerade die Grube Luisenthal einer der wenigen Betriebe war, in denen private Interessen durch öffentliche wenigstens im juristischen Sinne kontrollierbar waren. Das höhnische Triumphieren derer, die gerade daraus eine Fortsetzung der Privatisierung ableiten, deutet nur auf die Beschränktheit ihres Interesses: dokumentiert sich doch hieran erst recht das Ungenügen auch der Verstaatlichung, solange der gesamtgesellschaftliche Widerspruch der Verfügung über Menschen nicht aufgehoben ist, solange nicht tatsächlich die ganze Gesellschaft selbst ihr Schicksal in die Hand genommen hat.

Auf dem Friedhof von Völklingen erwies sich, daß auch die wenigen, die über die vielen herrschen, die Fäden nicht mehr in der Hand halten. Der Rede vom unbegreiflichen Schicksal, das über die Menschen gekommen sei, wohnte bei aller Infamie auch ein Moment der Wahrheit inne: die Herrschenden stehen ihrerseits selbst vor dem Unbegreiflichen, das sich ohne sie, jedoch an ihnen vollzieht, ihr eigenes System ist ihnen zur Natur erstarrt, der sie hilflos gegenüberstehen. Dunkel ist es vor der Kohle erst recht für die, die die Aufklärung verraten haben.

Peter Märthesheimer

Kein Kraut

Die Meinungswerker, die täglich in den BILD-Spalten ihre Notdurft verrichten, bedürfen der Bonner Winke nicht. Als jüngst die Deiche der Sturmflut nicht standhielten, brauchte der alte Herr keinen Finger zu heben. BILD sah selbst, daß die Lage nie so ernst war. Die Redaktion war sich einig, und anderentags war aus dem stolzen Bundesbürger das ohnmächtige Menschlein vor den Allgewalten der Natur geworden. Der Bundesbürger, beim Konsumieren durch das dumpfe Ahnen gestört, es sei etwas faul im Staate, ging vor den flugs beschworenen Schicksalsmächten willig in die Knie und vergaß, daß

Sturmfluten durch das Zusammenwirken von Tiefdruckgebieten und Gezeiten zustande kommen und daß die Katastrophe durch den vernachlässigten Deichbau verursacht wurde. Wer den Blick ergeben gesenkt hält, übersieht, daß in Bonn der Deichbaulobby dem Rüstungslobby hoffnungslos unterlegen ist. Dafür hatten die Opfer der Katastrophe den unübersehbaren Vorteil, in einem freien Land als freie Menschen zu ertrinken. Wer in Freiheit leben will, muß das freie Spiel der Naturkräfte in Kauf nehmen, da eine Senkung des Wehretats für die roten Heerscharen das Zeichen zum Aufbruch wäre.

Es ist ein alter Brauch, Kriege als das Walten einer unabwendbaren Schicksalsmacht zu verbrämen. Die intuitive Eingebung, mit anderen ökonomisch bedingten Katastrophen ähnlich zu verfahren, hat nicht nur den BILDschreibern Zeilenhonorare und die Billigung der Oberen eingebracht. Denn was BILD kann, kann die FAZ schon lange. So kam jüngst der Herr Sieburg daher, der bei letzterem Blatt noch immer pressetätig ist, und haut dem BILD-Menschlein so lange auf den Hut, bis es zum rechten FAZ-Zwerglein geworden ist. Er tut es aber, wie es dem Weisen geziemt, nachträglich, mit dem historischen Abstand, den er ja hat. Er blättert in der Vergangenheit, und da ihm 12 Seiten fehlen, weiht er gleich einem 50jährigen Jubiläum die allzeit bewährte Feder. Am 15. 4. 1912 ist die Titanic untergegangen, und damit hat für Herrn Sieburg „die Menschheit eine Schwelle überschritten". „Sie erfuhr, daß gegen Tod und Vernichtung kein Kraut gewachsen sei, und daß der Glanz der Technik nicht Heil und Rettung sein könne."

Der Groll gegen den Techniker, der ohne alle Ehrfurcht die Natur manipuliert, wird zum Frohlocken, wenn sich eine Katastrophe als gestrenger Hinweis auf die Vermessenheit menschlichen Strebens auslegen läßt. Herr Sieburg ist an einem Menschentypus interessiert, der untertan ist und verantwortungsloses Gewinnstreben für eine Erfindung von Marx hält. Die Titanic ist nicht den Naturgewalten zum Opfer gefallen, sondern den Profitgewaltigen. Die Eisberge waren rechtzeitig gemeldet, aber wenn daraufhin der Kurs 50 km nach Süden verlegt worden wäre, hätte die Titanic das blaue Band nicht gewonnen. Ohne Band: weniger Fahrgäste, — weniger Fahrgäste: weniger Profit. „An die 1500 Menschen fanden dabei ihren (!) Tod, vornehmlich Reisende der billigen Klasse, da die Rettungsboote kaum für die vornehmen Passagiere ausreichten. Das Wetter war schön und das Meer still." (Sbg.)

Gegen Herrn Sieburg ist bislang kein Kraut gewachsen. Er ist in aller Herren Gärten nur ins Kraut geschossen. Jetzt macht er sich selbst zum Zwerg, womit er ohne Zweifel die ihm angemessene Größe erreicht hat.

Peter Milger

Marxtöter

(Walt Whitman Rostow)

W. W. Rostow: Stadien wirtschaftlichen Wachstums — Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie. Deutsche Übersetzung aus dem Englischen von E. Müller, Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen 1961, Preis DM 11,80.

Der stattliche Katalog der Bücher, deren Verfasser der marxistischen Theorie der kapitalistischen Gesellschaft ein wissenschaftliches Begräbnis bereiten wollen, ist vor einiger Zeit um eine weitere Arbeit bereichert worden. Dies Ereignis wäre nicht besonders bemerkenswert — zeugt die andauernde Aktualität doch vielmehr davon, wie wenig Erfolg dem Unterfangen ganzer Generationen bürgerlicher Sozialwissenschaftler beschieden war — würde sich dieses Buch des amerikanischen Wirtschaftshistorikers Walt Whitman ROSTOW nicht durch seine praktisch-politische Absicht auszeichnen; beansprucht doch diese Analyse der Entwicklung heute industrialisierter Gesellschaften von nicht bloß akademischem Interesse zu sein, sondern zugleich Unterlagen für eine Politik zu liefern, die den ökonomisch unterentwickelten Ländern zu stetigem wirtschaftlichem Wachstum verhelfen soll. Diese Absicht ist um so ernster zu nehmen, als Rostows Position im brain-trust der Regierung Kennedy seinen Gedanken einen bedeutenden Einfluß auf die amerikanische Politik ermöglichen könnte.

Rostow unterscheidet fünf Wachstumsstadien einer Gesellschaft: (1) die traditionelle Gesellschaft; (2) die Übergangsperiode, in der die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg gelegt werden; (3) die Periode des wirtschaftlichen Aufstiegs; (4) die Entwicklung zum Reifestadium; (5) das Zeitalter des Massenkonsums.

Kriterium der modernen Entwicklung ist ihm „die Fähigkeit der Menschen, eine planmäßige Manipulation zu seinem wirtschaftlichen Vorteil durchzuführen". Produktion wird begriffen als eine Verhaltensweise der Menschen und als eine Beziehung zwischen Menschen und Dingen, von deren konstituierenden Momenten, den Bedingungen, die die Menschen vorfinden, und den Beziehungen, die sie im Prozeß der Produktion und Reproduktion ihres materiellen Lebens eingehen, dagegen abstrahiert wird. Gegenstand der politischen Ökonomie werden subjektive Motive und Interessen — seien sie anthropologische Konstanten des Menschen schlechthin oder zufällig vorhandene — deren Verfolgung sich in einem bestimmten Entwicklungsstand der Produktivkräfte niederschlägt.

Rostow kann sich in die würdige Ahnenreihe professioneller Marxtöter einreihen, deren gemeinsames Mißverständnis er teilt, daß nämlich der Inhalt der Marxschen Theorie eine Interessenpsychologie sei, der die Motive des wirtschaftlichen Vorteils alleinige oder zumindest Haupttriebkräfte der Geschichte sind. So wenig Marx jedoch von den subjektiven Momenten ausgegangen ist — richtete sich der kritische Impuls seiner Theorie doch gerade dagegen, daß die Menschen ihre bisherige Geschichte als bloße Objekte der Verhältnisse, die sie selbst schufen, erlebt haben — sowenig trifft die Kritik, die den subjektiven wirtschaftlichen Motiven, die nach „Macht, Freizeit, Abenteuer, weiteren Erkenntnissen, Sicherheit, ... Familie, Werte der regionalen und nationalen Kultur und ein wenig Vergnügen" hinzufügt, ihren Gegenstand.

Geschichte wird vielmehr zu einer zufälligen Aufeinanderfolge von Ereignissen. Kaufleute, des Gewinns und des höheren sozialen Status wegen, Intellektuelle, die „in der Modernisierung Wege sahen, die Würde des einzelnen und den Wert des menschlichen Lebens für den einzelnen und für die ganze Nation zu erhöhen", Soldaten, „die von nationaler Glorie auf ausländischen Schlachtfeldern träumten", schufen die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg. „Das Hervortreten ... einer Gruppe von Männern, die bereit sind, die Modernisierung der Wirtschaft als ernstes erstrangiges Ziel anzusehen", leiten den wirtschaftlichen Aufstieg ein. Das Zeitalter des Massenkonsums, der Wohlfahrtsstaat, gründet in der Bereitschaft der Menschen „die in einer Gesellschaft auftretenden Härten zu mildern, die bisher durch die Ausrichtung auf eine Maximierung der industriellen Produktion und auf die Verbreitung der modernen Technik entstanden waren." Gesellschaft erscheint als bloße Summe von Individuen, gesellschaftliche Prozesse teilen deren zufällige Launen: Nationen demütigen sich, regionale Kriege entstehen aus den Schwierigkeiten und Überschwenglichkeiten neu gegründeter nationaler Staaten, Kolonien werden aus Prestige- und Symbolgründen geschaffen, Gesellschaften verändern sich, weil sie sich langweilen.

Geben subjektive Neigungen und Motive einen unsicheren Boden für eine Periodisierung der Geschichte ab, soll die Geschichte nicht im eintönigen Grau des „Ist-ja-schon-alles-einmal-Dagewesen verfließen", so ist Rostow gezwungen, weniger zufällige Kriterien zu finden. Der jeweilige Stand der Produktivkräfte bzw. deren Entwicklungstempo, auf die er verweist, scheinen diesen Anspruch zu befriedigen.

Das Verhältnis von Investitionen, Nettosozialprodukt und Bevölkerungswachstum geben ihm das quantitative Maß der Produktivität ab. Quantitative Merkmale allein legitimieren jedoch nicht von bestimmten Stadien zu sprechen, solange nicht die qualitativen Veränderungen, die durch sie bewirkt werden, zugleich genannt werden. Rostow glaubt dieses Problem zu lösen, indem er auf die beschleunigte Entwicklung einzelner Wirtschaftszweige, „führender Sektoren" (vgl. die Rolle der Baumwollindustrie in England) hinweist, aber er verschweigt zugleich, daß die Art, wie und wo die Investitionen verwandt turen abhängt. Der Hinweis auf die unterschiedliche Entwicklung der Wirtschaftssektoren mag für die Industrialisierung unter privatkapitalistischen Verhältnissen richtig sein, der Rostowsche Anspruch einer allgemeinen Theorie des wirtschaftlichen Wachstums wird jedoch zur Ideologie, beinhaltet er doch, daß die Industrialisierung der ökonomisch unterentwickelten Nationen im wesentlichen unter den gleichen Vorzeichen zu geschehen habe wie die Westeuropas und der USA.

Die Eliminierung der gesellschaftlichen Verhältnisse aus dem Produktionsprozeß rächt sich. Wird allein der Stand der Produktivkräfte zum Kriterium, so werden die verschiedensten historischen Gesellschaften miteinander vergleichbar: chinesische Dynastien und heutige Entwicklungsländer, Amerika nach dem Bürgerkrieg und Stalins Rußland der Fünfjahrespläne werden unter gemeinsame Begriffe subsummiert. Solch Verfahren verbirgt mehr als es enthüllt; die Kriterien, die eigentlich die Struktur der Gesellschaft aufzeigen sollten, deuten auf bloße Oberflächenphänomene hin.

So vermag Rostow wenig über die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft zu sagen. Das Vorhandensein der modernen Massenvernichtungsmittel, sowie die Tatsache, daß der größte Teil der Welt das Zeitalter des Massenkonsums noch lange nicht erreicht hat, stellen die heutigen Gesellschaften vor große Probleme. Aber gerade diese beiden Probleme, das der Gefahr der Selbstvernichtung und das der ungleichen Verteilung des menschlichen Reichtums erfordern ein anderes Instrumentarium als das der Rostowschen Analyse: sie weisen darauf hin, daß die Menschen ihre bisherige Geschichte eben doch nicht bewußt vollzogen haben, wie Rostow es unterstellt, daß ihre Fähigkeit zur „systematischen produktiven Manipulation", zur Entwicklung der Produktivkräfte, nicht zu trennen ist von ihrer bisherigen Unfähigkeit, die Bedingungen, unter denen sie leben, vernünftig zu gestalten.

Rainer Funke

Jenseits des Kapitalismus?

(Paul Sering)

Als einen „Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung" schrieb Paul Sering 1946 sein Buch „Jenseits des Kapitalismus". Es war an zwei Arten von Lesern gerichtet: zum einen wollte es den „bewährten Kämpfern für die sozialistische Idee" in der Arbeiterbewegung eine Hilfe sein bei der Analyse der neuen gesellschaftlichen Situation unmittelbar nach dem Ende des Krieges, zum anderen war es bestimmt zur Information vor allem der jungen Generation über die Ideen des demokratischen Sozialismus. Seine theoretische Intention — zum Ursprung sozialistischen Denkens zurückzuführen und von daher die historische Entwicklung zu überprüfen, um eine Neubestimmung sozialistischer Ziele und Aufgaben für die Gegenwart vorzunehmen — verband sich mit der politischen Hoffnung, daß es gelingen werde, eine Gesellschaft einzurichten, in der die Menschen frei von Herrschaft und Zwang ihr Leben selbst würden bestimmen können.

Mit diesem Ansatz trug das Buch bei zur Diskussion innerhalb der Sozialdemokratie, die sich nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches unter der Führung Kurt Schumachers bemühte, ihren eigenen Weg neu abzustecken.

Heute hat — sei es unter dem Druck objektiver gesellschaftlicher Verhältnisse, sei es in bewußter Anpassung an diese — nicht nur die SPD, sondern, wie es vor allem nach seinen Artikeln in der Zeitschrift „Der Monat" sich erweist, auch Sering — alias Richard Löwenthal — seinen kritischen Impuls aufgegeben. Damit gewinnt Serings Buch heute jedoch zugleich einen neuen aktuellen Bezug: es ist aufschlußreich und interessant nicht nur als Einführung in die sozialistische Theorie, sondern auch als Dokument über die Entwicklung einer Partei, aus deren Programm heute eben das verbannt ist, was ihr anfangs notwendig erschien.

Nach einem knappen Überblick über die Wurzeln des Sozialismus und die Marxsche Theorie erläutert Sering in anschaulicher Weise die Entfaltung des Kapitalismus. Er verfolgt seine immanente Dynamik auf vier Hauptlinien, die er in der wachsenden Monopolisierung und Konzentration, der Veränderung der inneren Organisation der Unternehmungen durch die Zersetzung der Unternehmerfunktion, der durch technischen und wissenschaftlichen Fortschritt wie den politischen Druck der Arbeiterbewegung eingeleiteten Entwicklung neuer gesellschaftlicher Organisationsformen und schließlich der Konkurrenz wirtschaftlicher Machtgruppen um die Beherrschung des Staates sieht. Mit dem Aufkommen solcher Tendenzen kündigt sich zugleich das Ende des „freien Kapitalismus" an, das seinen Ausdruck in der Weltwirtschaftskrise von 1929—1932 fand. Um das System zu retten, wurde ökonomische Planung zur Notwendigkeit. Jedoch stand die Ersetzung der „liberalen" kapitalistischen Marktwirtschaft durch ein staatlich geplantes Wirtschaftssystem keineswegs im Dienst sozialistischer Vorstellungen; sie erfolgte vielmehr unter Beibehaltung der für den Kapitalismus nach wie vor charakteristischen, wenn auch leicht modifizierten Bedingungen: Der Übergang zur Planwirtschaft vollzog sich unter Übernahme und im Rahmen der monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnisse.

Auf dieser neuen Stufe des „Plankapitalismus" nimmt auch der Imperialismus eine neue Form an: „Er wird zum Kampf um die Ausdehnung des Währungs- und Planungsbereichs der großen Industrienationen, und schließlich zum Kampf um die Erweiterung der industriellen Basis selbst".

Den Zusammenhang zwischen seiner notwendig expansiven Richtung und deren politischem Niederschlag in totalitären, faschistischen Staatsformen als der „Herrschaft der aggressivsten und reaktionärsten Teile des Monopolkapitalismus" zeigt Sering am Beispiel Hitler-Deutschlands.

Gegenüber dieser wirtschaftlichen Entwicklung westlicher Industrieländer ist der Übergang der Sowjetunion zur Planwirtschaft unter ganz anderen Bedingungen erfolgt: er vollzog sich nicht unter dem Druck der Krise eines hochentwickelten Industriekapitalismus, vielmehr beseitigte die russische Revolution eine rückständige, halbfeudale Wirtschaftsform, noch bevor sich die kapitalistische Produktionsform als vorherrschende überhaupt entwickelt hatte. „Der 7. November 1917, an dem die bolschewistische Militärorganisation im Namen und mit Zustimmung des Sowjetkongresses die Macht ergriff, war die Geburtsstunde des Glaubens, daß in Rußland die Verheißung von Karl Marx verwirklicht worden sei. Die Millionen innerhalb und außerhalb Rußlands, die damals oder später diesen Glauben annahmen, übersahen, daß die Sowjets in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Bauernvertretern bestanden, daß die Probleme der russischen Revolution nicht die von Marx behandelten Probleme der Entstehung des Sozialismus aus dem Kapitalismus waren, und daß die Sowjets ihrer Natur nach die tatsächliche Macht nur in beschränktem Umfang und nur für wenige Monate ausüben konnten."

Angesichts gegenrevolutionärer Tendenzen in Rußland selbst und der Schwierigkeiten des industriellen Aufbaus wie auch äußerer Interventionen wegen konnte der neue Staat nicht ohne

eine zentral organisierte Verwaltung auskommen. Jedoch diesen Apparat zu schaffen, waren die Sowjets nicht in der Lage, eben weil sie spontan und lokal entstandene demokratische Organe von Arbeiter- und Bauernvertretern waren. Er wurde das Werk der zentral organisierten bolschewistischen Partei, und sie wurde zum realen Träger der neuen Macht. Unter ihrer Führung vollzog sich eine „Revolution von oben", wie Sering es nennt, die Umwälzung der Gesellschaft nach einem dekretierten Gesamtzweck, der die Interessen einzelner Gruppen notwendig vorübergehend auf undemokratische Weise negieren mußte.

Diese spezifischen Bedingungen hatten eine Entwicklung zur Folge, die Sering als „Tragödie" der russischen Revolution bezeichnet:

„Diese Entwicklung entspricht nicht der Absicht der russischen Revolutionäre. Aber sie entspricht der inneren Widersprüchlichkeit ihrer selbstgestellten Aufgaben. Die Geschichte der Sowjetunion ist die Geschichte des Versuchs einer zielbewußten Minderheit, durch Gewaltanstrengung ohne Beispiel in einem riesigen, rückständigen Lande die materiellen und kulturellen Voraussetzungen des Sozialismus zu schaffen. Die Gewaltanstrengung erforderte die Errichtung der totalitären Diktatur und ihre Entwicklung bis zu den letzten Konsequenzen — zur Diktatur der Parteispitze. Die Fortdauer der totalitären Diktatur durch Jahrzehnte ermöglichte die Verwirklichung vieler ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen und machtpolitischen Ziele trotz ungeheurer Schwierigkeiten; . . . aber dieselbe Diktatur macht durch die Natur der Mittel, die sie zur Erreichung dieser unmittelbaren Ziele anwenden mußte, die Erreichung ihres ursprünglichen Zwecks — die Entwicklung zum Sozialismus — unmöglich."

Ob diese Schlußfolgerung allerdings berechtigt ist, kann nur die weitere historische Entwicklung der UdSSR selbst zeigen; es lassen sich jedoch heute schon in einzelnen ihrer Institutionen gewisse demokratische Züge erkennen, die diese schroffe Konsequenz, zu der Sering kommt, zumindest der Differenzierung bedürftig erweisen.

Gibt es nun, außer der Alternative „Plankapitalismus" oder einer Gesellschaft sowjetischen Musters noch einen „dritten Weg" sozialistischer Planung und welches sind seine Bedingungen?

Mit dieser Frage beschäftigt sich Sering im letzten Teil seines Buches.

Als Voraussetzungen sozialistischer Planung nennt er die „Brechung der monopolkapitalistischen Wirtschaftsmacht durch Enteignung und Sicherung der Verfügung der Gesellschaft über den Staat durch politische und wirtschaftliche Demokratie". Auf der Suche nach gesellschaftlichen Formen, die der sozialistischen Weiterentwicklung fähig wären, glaubt Sering Ansätze zu finden etwa in den demokratischen Traditionen europäischer Länder, vor allem Englands. Nicht mehr die „Verkündung eines abstrakten Moralprinzips noch die Kampflosung einer einzelnen Klasse", sondern „konkreter Internationalismus" sei die Aufgabe von Sozialisten heute: „Sie kämpfen um ein Ziel der demokratischen Planung, das nur in der europäischen Zusammenarbeit verwirklicht werden kann und nur im Rahmen einer friedlichen Entwicklung, die die Schaffung einer starken selbständigen Gruppierung zwischen den beiden Kolossen von heute erfordert."

Die Vorstellung von einer sozialistischen „dritten Kraft Europa" in der Auseinandersetzung zwischen West und Ost, der es gelingen könnte, das „Erbe des 17. Oktober" in der Sowjetunion aufzunehmen und weiterzuführen und die vielleicht 1946 noch für möglich gehalten werden konnte, hat schnell ihre Grenzen in der gesellschaftlichen Entwicklung der Nachkriegszeit mit der immer stärker werdenden Integration Europas in den westlichen Block gefunden. Wir befinden uns heute nicht „Jenseits des Kapitalismus", sondern in einer seiner militantesten Phasen überhaupt.

Sering deshalb lediglich falscher Prognosen zu bezichtigen, die von der gesellschaftlichen Entwicklung widerlegt worden sind, wäre allzu einfach. Vielmehr weisen schon mehrere Stellen seines Buches daraufhin, daß es seine Analyse selbst ist, die Fehler aufweist, indem sie die gegebenen Verhältnisse falsch interpretiert und im traditionell sozialdemokratischen Sinn umbiegt. So nennt Sering z. B. für die Chancen der Verwirklichung einer sozialistischen Planung drei Faktoren, an deren Existenz angeknüpft werden könne:

„Den Fortschritt in der Herausbildung einer neuen hierarchischen Produktionsstruktur und der Loslösung der neuen Hierarchie in Produktion und Verwaltung von der alten Kapitalistenklasse; die Beseitigung vordemokratischer Überreste in einigen Ländern, die in der Vergangenheit der Ausnutzung der Demokratie durch die Arbeiterklasse für die Verwirklichung sozialistischer Ziele entgegenstanden; und die zunehmende Reife und Zielbewußtheit der sozialistischen Arbeiterklasse selbst."

Zu dem ersten „Fortschritt" sei nur soviel gesagt, daß mit der Entstehung einer neuen „Managerklasse", die Sering hier offensichtlich meint, noch keineswegs auch die Struktur der kapitalistischen Produktionsverhältnisse selber sich verändert; vielmehr erfolgt die Leitung der Wirtschaft nach wie vor nach kapitalistischen Prinzipien. Der zweite Punkt betrifft ebenfalls nur eine immanente Entwicklung des Systems, ohne daß sich an den

realen Machtverhältnissen Entscheidendes geändert hätte. Für die dritte Behauptung schließlich bleibt Sering selbst einen auch noch so vage geführten Nachweis schuldig und begnügt sich mit der Feststellung, daß diese „Reife und Zielbewußtheit" „in fast ganz Europa und in der Arbeiterbewegung der Staaten des Britischen Commonwealth deutlich erkennbar" sei.

Zwar sieht Sering, daß der wirtschaftliche Umbau der Gesellschaft mit Macht zu tun hat, jedoch erscheint ihre Erringung, nach dem Beispiel Englands, nur mit der Frage verbunden, wie es einer den Zielen sozialistischer Planung verschriebenen Partei gelingen könnte, auf legitime Art, nach demokratischen Spielregeln, an die Regierung zu kommen. Zwischen der Alternative des revolutionären Kampfes oder reformistischer Maßnahmen innerhalb des Systems wiederholt Sering immer wieder nur den Appell nach der Notwendigkeit sozialistischer Planung, die zur Tagesaufgabe deklariert wird. Ohne Grundsätzliches zu sagen über eine Strategie der Arbeiterbewegung zur Erreichung ihrer Ziele, geraten diese damit selbst in die Mühle tagespolitischer Ereignisse.

Helga Klein

Zeitschriftenhinweise

Der SDS und die Methoden der SPD gegenüber dem SDS sind Anlaß für verschiedene Aufsätze, die sich kritisch mit der Sozialdemokratischen Partei auseinandersetzen. Die italienische Zeitschrift „Critica Soziale" (4/1962) kritisiert unter der Überschrift „La Sozialdemocrazia tedesca espelle la sinistra" (Die deutsche Sozialdemokratie schließt die Linke aus) die Ausschlußpraktiken des SPD-Parteivorstandes. — Im Aprilheft 1962 der französischen Zeitschrift „Les Temps Modernes" (Directeur: Jean-Paul Sartre) gibt Hans Roth einen etwas langatmigen und ungeordneten, aber dennoch instruktiven Bericht über „La situation de la Gauche Socialiste en Allemagne fédérale". — Im gleichen Zusammenhang verweisen wir noch einmal auf den Aufsatz von Georg Lux („The Decline of German Socialism"), der in Heft 8/Spring 1962 der englischen Zeitschrift „International Socialism" erschien.

In Nummer 4/62 der „werkhefte" (Zeitschrift für probleme der gesellschaft und des katholizismus; München 15, Landwehrstr. 44) müht sich der Referent im SPD-Parteivorstand Bruno Friedrich in einer geistreichelnd-langatmigen Erwiderung auf einen Beitrag von Jürgen Seifert (3/62) damit ab, den SPD-Parteivorstand zu rechtfertigen („Integralismus von links?"). Für die Redaktion der „werkhefte", die inzwischen Ossip K. Flechtheim, Wolfgang Abendroth und Jürgen Seifert zu weiteren Beiträgen aufgefordert hat, antwortet Gerd Hirschauer unter dem Titel „Die SPD zwischen rechts und links" (5/62). Tendenz: „Die Sozialdemokratische Partei von heute ... scheint dahin zu tendieren, daß ein Funktionärsapparat, der weder die Masse noch die Intelligenz repräsentiert, gleichzeitig Masse und Intelligenz manipulieren möchte" (S. 173).

In der ZEIT vom 18. Mai 1962 findet sich unter der an das „Horst-Wessel-Lied" anklingenden Überschrift „Reaktionäre der Linken" ein längeres Pamphlet des innenpolitischen Redakteurs der ZEIT, Rolf Zundel, worin offensichtlich von der SPD überlassenes „Material" völlig kritiklos übernommen wird. Statt zu differenzieren und die in der Tat divergierenden Tendenzen etwa der DFU, des Kreises um Dr. Agartz und der NEUEN LINKEN im SDS und seiner Förderergesellschaft herauszuarbeiten, tischt Zundel — vielleicht mangels Sachkenntnis — noch einmal die altbekannte Legende der „Steuerung" auf. Daß er damit freilich an weitverbreitete bundesdeutsche Vorurteile mit Aussicht auf Erfolg appellieren kann, sei am Rande erwähnt. — Natürlich bleibt zu ergänzen, daß gleich in der folgenden Nummer der ZEIT (25. 5. 62) Hans Robinsohn auf die Mühle der linken Kritik an der SPD zaghaft Wasser laufen läßt.

Unter der Überschrift „Parteiausschluß und Demokratie-Gebot" befassen sich Helmut Lenz und Christof Sasse in der „Juristenzeitung" (Heft 8/1962, S. 233 ff.) mit dem Artikel 29 des SPD-Parteistatuts. Die beiden wissenschaftlichen Assistenten der juristischen Fakultät Marburg sehen in diesem Artikel, der die Möglichkeiten des Parteiausschlusses absteckt, einen Verstoß gegen das Grundgesetz. Die Abhandlung stützt sich weitgehend auf Artikel 21, Absatz 1 GG: „Ihre (der politischen Parteien) innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen."

Die „Damned Fools in Utopia" sind der Gegenstand eines bemerkenswerten, kritischen Aufsatzes von Nicolas Walter zur nicht wegzuleugnenden Problematik heutiger Ostermärsche. Wir weisen auf den im Doppelheft 7-8/62 der englischen „New Left Review" erschienenen Aufsatz gerade im Zusammenhang mit dem Ostermarsch-Beitrag im vorliegenden Heft der nk hin. Weitere besonders lesenswerte Beiträge zum gleichen Thema finden sich - verfaßt von Mervyn Jones und Christian Geissler (Ansprache auf der diesjährigen Ostermarsch-Abschlußkundgebung in Frankfurt/M. „Der Protest muß zum Angriff werden") - in „Blätter für deutsche und internationale Politik", Hefte 4 und 5/62.

Zum Thema „Bevölkerungsschutz" erschienen jüngst verschiedene lesenswerte Aufsätze: eine ganze Reihe von Beiträgen von Philip Noel-Baker, Elisabeth Rotten, Fritz Vilmar u. a. in „Gewerkschaftliche Monatshefte" 2/1962;

in der ZEIT vom 23. März 1962 ein Beitrag des Atomwissenschaftlers Carl-Friedrich von Weizsäcker. (Weitere Hinweise folgen in nk 12.) — Eine 64seitige „Dokumentation zur Geschichte der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik" ist im Mai 1962 als Sonderheft der „Blätter für deutsche und internationale Politik" (Köln, Barbarossaplatz 2) erschienen.

In der Ausgabe des „Vorwärts" zum 1. Mai (vom 26. April 62) erschien ein Aufsatz von Gerhard Zwerenz zu dem jüngst im Bulletin der Bundesregierung erneut als gerechtfertigt bezeichneten Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (siehe auch Hinweise in nk 10). — In der gleichen Ausgabe des „Vorwärts" schreibt Klaus Meschkat, dessen SDS-Mitgliedschaft die SPD beharrlich zu ignorieren weiß, einen kritischen Beitrag zur Hochschulreform unter dem Titel „Hort der Vergangenheit". — Sehr lesenswert ist schließlich Heft 21, April/Mai 1962, des „Argument" (Berliner Hefte für Politik und Kultur, herausgegeben von Wolfgang F. Haug und Christof Müller-Wirth).

Manfred Liebel

WEST 13

Politische Diffamierung der Opposition

im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat

Von Heinrich Hannover, mit einem Vorwort von Dr. Dr. G. W. Heinemann, MdB.

Der Kalte Krieg hat eine Form des innenpolitischen Kampfes hervorgebracht, die jeden in den Verdacht der Staatsfeindlichkeit bringt, der sich nicht in das Schema der absoluten Freund-Feind-Politik einfügt. In der konkreten politischen Situation der Bundesrepublik treffen diffamierende Vorwürfe insbesondere jene verfassungstreuen Bürger, die in Opposition zu der seit 1949 herrschenden außen- und wehrpolitischen Konzeption stehen. Die legitime politische Auseinandersetzung gleitet so von der sachlichen Erörterung des Für und Wider ab in die Verteufelung jeder Opposition; die Opposition aber wird durch die politische Diffamierung in Opportunisten, Märtyrer und Resignierte geteilt. Ein „Faschismus der Mitte" deutet sich an.

In einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, der die Oppositionsfreiheit zu einem seiner tragenden Prinzipien erhoben hat, wird die Diffamierung der verfassungstreuen Opposition nicht nur zu einem politischen, sondern auch zu einem verfassungsrechtlichen und zugleich strafrechtlichen Problem.

Dieses Buch analysiert die Methoden der politischen Diffamierung der Opposition in der Bundesrepublik an Hand einer Fülle von Beispielen. Es zeigt schließlich, wie ein Staat, dem es mit dem Schutz der Demokratie ernst ist, denjenigen, die politische Diffamierung betreiben, mit den Normen des Strafrechts das Handwerk legen kann.

150 Seiten, DM 6,80

Im Verlag PLÄNE
Dortmund-Barop, Stockumer Str. 197

Bestellungen an den Verlag erbeten

new left review

Editors: Gabriel Pearson, Denis Butt, Raphael Samuel, Perry Anderson

Special double number 13/14 April 1962:

Reminiscences From Our Times (Kazimierz Brandys)
The Last Quarter of an Hour (Claude Bourdet)
A Dialogue on Tragedy (Raymond Williams)
The Long Pursuit: Studies in the Government's slum clearance programme
But Nothing Happens (Raphael Samuel, James Kincaid, Elizabeth Slater)
Scotland: the houses that last 1,000 years (Jan and David Weir)
Medical Rehousing (Audrey Harvey)
Single Person Accommodation (Hazel Doone)
R. H. Tawney: On The Puritan Character
Balance Of Life (Jonathan Howard)
Damned Fools in Utopia (Nicolas Walter)
The Reader's Digest (Peter Sedgwick)
Iris Murdoch and The Romantic Novel (Gabriel Pearson)
L'Année Dernière à Marienbad (Geoffrey Nowell-Smith)

Debate of the Central Committee of the Italian Communist Party on the 22nd Congress of the C.P.S.U.

Subscription Price: £ 1. 1 s./ $ 4.00 one year
New Left Review, 7 Carlisle Street, London, W. 1